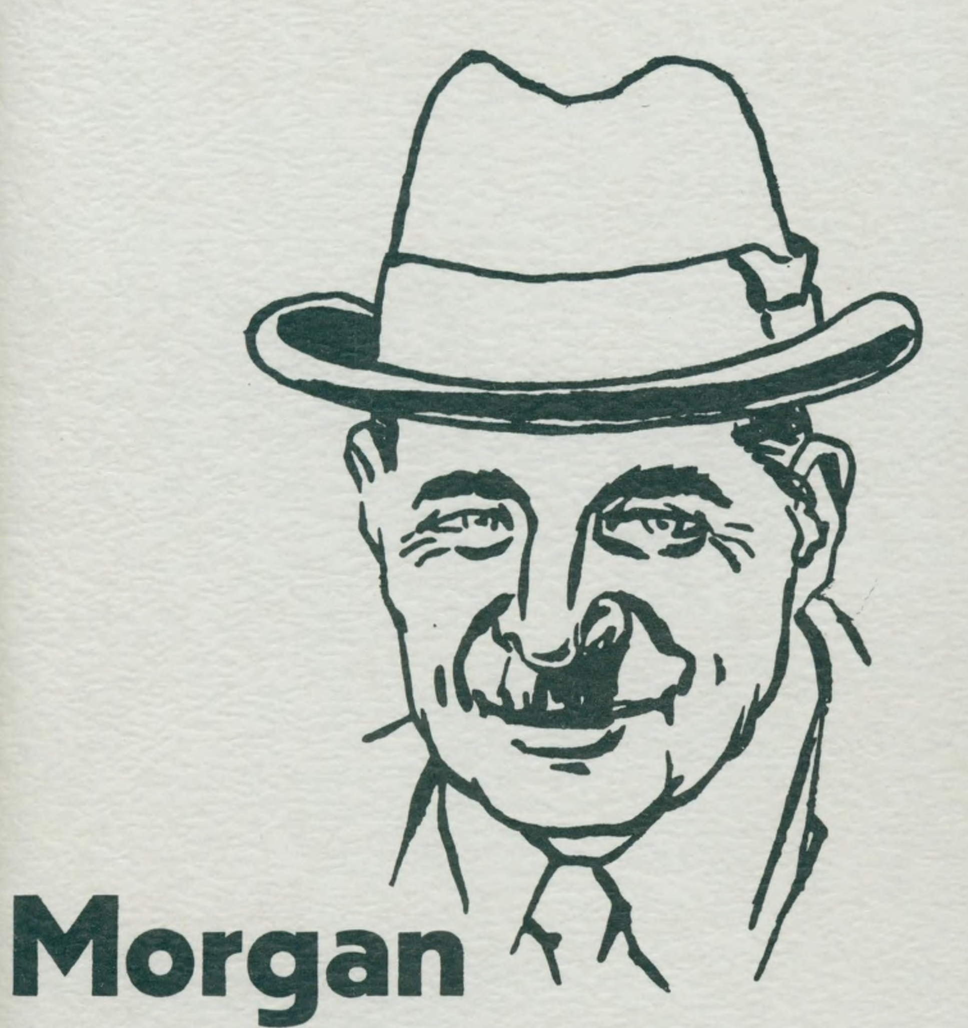


Morgan

der ungekrönte König der Welt

Von Fritz Schwarz

Fritz Schwarz

Morgan

der ungekrönte König der Welt

Fünfte Auflage, 12.—17. Tausend



Genossenschaft Verlag freiwirtschaftlicher Schriften
Auslieferung: Pestalozzi-Fellenberg-Haus, Bern 1933

Warum nennen wir Morgan den ungekrönten König der Welt?

Warum wir Morgan als den ungekrönten König der Welt bezeichnen? — Um dies zu verstehen, muß man folgendes wissen.

Jede Vermehrung des umlaufenden Geldes über das Warenangebot hinaus erzeugt eine allgemeine Preissteigerung. Das haben wir während und nach dem Krieg in Deutschland, Frankreich, Oesterreich, Rußland, ja sogar in der Schweiz sehen können! In der Schweiz stiegen die Preise während des Krieges nicht bloß der Warenverknappung, sondern vielmehr der Geldvermehrung wegen. Man hat z. B. berechnet, daß von 1914 bis 1918 nur 20% der ganzen Preissteigerung auf die Warenverknappung zurückzuführen sei, 80% dagegen auf die Vergrößerung des Geldumlaufs.

Jede andauernde Verminderung des umlaufenden Geldes dagegen erzeugt unvermeidlich einen allgemeinen Preisfall, verbunden mit einer drükkenden Hemmung des Erwerbslebens. Ebenso führt das Zurückbleiben des Geldumlaufes hinter der Warenproduktion zu Preisfall und Krise, wie wir das seit Ende 1929 erlebt haben.

Wer daher über die Höhe der umlaufenden Geldmenge bestimmen kann, der ist Herr über die Preissteigerung so gut wie über den Preisabbau, oder über Hausse und Baisse, wie der Börsenmann sagt, oder über Hochkonjunktur und Krise, wie die Geschäftsleute dieses Auf und Ab des Preisstandes zu bezeichnen pflegen.

Ist Morgan Herr über die Geldmenge? Wenn ja, dann ist er auch Herr über die Konjunkturen. Er kann, wenn er will, Geld in Verkehr bringen und

damit die Waren schlanken Absatz finden lassen; er kann aber auch das Geld zurückhalten und damit die Geschäftsleute und die Bauern durch die Absatzstockung zur Verzweiflung bringen.

Morgan ist Herr über die Geldmenge! Denn unser Geld ist entweder Gold oder Silber, oder es besteht aus Noten, und diese dürfen nur ausgegeben werden, wenn Gold als sogenannte Deckung da ist. Es gelingt nun Morgan und den mit ihm verbundenen Geldfürsten immer wieder, das Gold durch Börsenstreiche an sich zu bringen. Deshalb ist Morgan mit seinen Banken seit Jahrzehnten der Mann gewesen, der unsern Preisstand beherrschte. Muß man da weitläufig auseinandersetzen, was das für einen jeden von uns zu bedeuten hat?!

Betrachten wir zuerst die Folgen des verhältnismäßig größer werdenden Geldumlaufs.

Die Preise steigen. Jeder Einzelne will noch rasch kaufen, bevor die Waren teurer geworden sind. Die Kaufleute hamstern Waren, um später Konjunkturgewinne einzustreichen. Handwerker und Fabriken sind mit Aufträgen überhäuft, überall ist daher Arbeit genug.

Die Löhne und Gehälter steigen zwar, aber weniger und später als die Preise, wodurch alle Lohnverdiener geschädigt und oft zu Streiks und Teuerungszulageaktionen gezwungen werden, ohne daß sie aber nachher mehr hätten als vorher!

Ersparnisse, Versicherungssummen, überhaupt alle Geldforderungen verlieren im Verhältnis der Preissteigerung an Kaufkraft («Wert», wie man zu sagen pflegt).

Die Preissteigerung bedeutet Schuldenabschüttlung, indem der Schuldner (Bauer, Gewerbetreibende, Unternehmer) immer weniger von seinen Erzeugnissen zu verkaufen braucht, um seine Schulden zu zahlen oder zu verzinsen. Eine Schuld von 1500 Franken ist erst mit 300 Kilozentnern

Kartoffeln zu 5 Fr. beglichen, während bei einem Preise von 15 Fr. per Kilozentner schon 100 Kilozentner genügen. Da der Boden auch bei höhern Preisen nicht weniger Kartoffeln gibt, so ist die Schuld durch die Preissteigerung auf einen Drittel zusammengeschrumpft.

Je höher der Inlandspreisstand steht, desto tiefer sinkt der Wechselkurs dieses Geldes im Ausland, wenn das Ausland nicht die gleiche Preisbewegung mitmacht. Er sinkt sogar im Verhältnis zur Inlandskaufkraft zu tief. Da der Ausländer dieses Geld so billig erhält, kann er hier viel kaufen. Länder mit steigenden Preisen haben deshalb bei freier Bewegung des Wechselkurses eine starke Ausfuhr.

Was geschieht dagegen, wenn die Preise fallen?

Wer an das Kommen des Preisabbaues glaubt, der hält mit Kaufen zurück. Er wartet auf die tiefern Preise. Auch der Kaufmann kauft nur, was er sofort wieder absetzen kann. Daher haben die Gewerbetreibenden, die Unternehmer, die Fabriken keine Aufträge, es herrscht Krise und Arbeitslosigkeit.

Zum Streik der Käufer kommt sofort der noch viel gefährlichere Streik der Sparer. Niemand will sein Geld zur Erstellung von Häusern, Fabriken, Werkstätten oder Maschinen hingeben, weil das Geld eben durch den Preisabbau an Kaufkraft gewinnt. Aber dieses Warten auf weiteren Preisabbau erzeugt weitere Arbeitslosigkeit!

Der Preisabbau ist ein Lohnabbau für alle Freierwerbenden und für die Bauern, er wird zum Lohnabbau bis auf Null für die Arbeitslosen und führt auch für die noch Arbeitenden bald zu Lohnherabsetzungen.

Die kleinen Ersparnisse werden in Krisenzeiten aufgezehrt, während die großen Vermögen im Verhältnis des Preisrückganges an Kaufkraft gewin-

nen. Vor allem das Großkapital gewinnt daher beim Preisabbau.

Die Schuldner werden erdrückt. Je tiefer die Preise, desto mehr Kartoffeln und Milch muß der Bauer hergeben, desto mehr Stühle muß der Schreinermeister verkaufen (obschon er weniger Aufträge hat!), um seine Schuld- oder Zinssumme zu bezahlen. So bedrängt ein Preisabbau vor allem die verschuldeten Stände, den Mittelstand, die Anfänger in allen Geschäften, die Kreditnehmer. Diese rufen in Notwehr dem Schutzzoll und sind durch die Zinsennot sogar schon zum Bürgerkrieg getrieben worden. (Bauernkrieg 1653!)

Die größten Schuldner aber sind Gemeinden, Kantone und Bund, also das gesamte Volk. Hier verursacht Preisabbau infolge Krise und Lohnabbau einen höchst empfindlichen Steuerausfall, während die Schulden und Zinsen nicht abnehmen, im Gegenteil durch die Arbeitslosenunterstützung beängstigend anwachsen — in der gleichen Zeit, in der auch die Last der Schulden durch die Aufwertung wächst.

Preisabbau bedeutet Steigen der Kaufkraft des Geldes. Da jeder Gegenstand gesucht wird, wenn und solange er im Preise zu steigen verspricht, so wird auch das Geld eines Landes im Ausland stark verlangt, wenn seine Kaufkraft zunimmt. Dadurch wird sein Wechselkurs ins Steigen gebracht. Er steigt bald höher als er nach der Steigerung der Kaufkraft des Geldes im Inland eigentlich steigen sollte. Die Spekulanten jagen ihn darüber hinaus. Die Folge ist, daß ein Land mit Preisabbau nicht Waren ausführen kann, weil der Preis des Geldes, mit dem diese Waren bezahlt werden müssen, zu hoch getrieben wird! Preisabbauländer können nicht exportieren! Das war auch etwas, was man 1920 erst sehen mußte, bevor man es glauben wollte! Und viele sahen es, und wollen es heute noch nicht zugeben, sondern glauben immer noch, einmal könnte man doch

durch einen Preisabbau die Ausfuhr beleben! Aber immer wieder macht einem solchen Vorgehen dieses Gesetz des Wirtschaftslebens einen Strich durch die Rechnung. Jeder Preisabbau bedeutet bei frei sich bewegendem Wechselkurs eine noch stärkere Kurssteigerung und verteuert damit die Ausfuhrwaren mehr als sie der Preisabbau verbilligt hat! —.

Warum dann immer diese Kaufkraftschwankungen?! — So fragt der geneigte Leser. Die Antwort heißt: Sie bieten immer neue Möglichkeiten zu Gewinnen! Das Steigen der Preise bringt Gewinne für den Warenbesitzer, das Sinken der Preise für den Geldbesitzer. Daß das Sinken der Preise für die Börsenspekulanten gerade so gewinnbringend ist wie das Steigen, wird leicht übersehen. Und doch sind diese Baisse-Gewinne viel ungerechter. Beim Steigen der Preise erhält der Arbeitende, der Bauer, der Handwerker und Gewerbetreibende den Gewinn, während ihn beim Sinken der Preise der Geldmann, der Börsianer, einzieht.

Wenn ein Mensch nur mit Waren handelt, dann kann er gewinnen, wenn und solange die Waren im Preise steigen. Aber wenn und solange die Waren im Preise sinken, blüht sein Geschäft durchaus nicht!

Wenn ein Mensch mit Geld spekuliert, dann kann er gewinnen, wenn und solange seine Wertpapiere im Preise steigen. Sinken sie, dann ist es mit dem Gewinnen auch zu Ende — wenn er nicht die sogenannte Baissespekulation betreibt.

Wenn ein Mensch endlich diese Schaukel Geld-Ware abwechslungsweise zu benutzen versteht, d. h. wenn er auf der Warenseite setzt, wenn die Warenpreise steigen wollen, und auf der Geldseite, wenn die Kaufkraft des Geldes steigt, dann kann es dieser Geschäftsmann im Lauf der Jahre zu etwas bringen!

Wenn aber ein Mensch imstande ist, diese Schaukel selbst in Bewegung zu setzen,

ihren Lauf zu regeln, und damit auch vorauszuwissen — dann hat dieser Mensch die Kunst, Gold zu machen, erfunden!

Solche Männer waren John Pierpont Morgan, Vater und Sohn.

Möglich ist eine solche Beherrschung der Konjunkturschaukel aber nur unter einer Währung, deren Geldstoff nach Belieben zurückgehalten und wieder auf den Markt geworfen werden kann. Solche Währungen sind die Goldwährung und die Silberwährung, sowie alle Papierwährungen, solange sie nicht vom Gedanken geleitet werden, daß durch eine vernünftige Geldversorgung die Kaufkraft des Geldes immer auf der gleichen Höhe bleiben müsse (feste Währung). Jede andere Währung bleibt das Schaukelpferd der Spekulanten, das Werkzeug zur Beraubung der Arbeitenden aller Stände und Berufe.

Durch die Beherrschung des Geldumlaufes mittelst des Rückzugs und der Wiederhergabe des Goldes setzte die Familie Morgan die Geld-Ware-Schaukel in Bewegung.

Die Familie Morgan.

Woher stammt die Familie Morgan, woher der seltsame Vorname Pierpont, der J. P. Morgan dem Aelteren (1837—1913) schon in der Schule den Uebernamen «Piep» einbrachte? — In der Normandie lebte im frühen Mittelalter ein Raubrittergeschlecht; sie nannten sich die Herren de Pierrepont. Sie scheinen sich bei einer steinernen Brücke angesiedelt zu haben, und wir gehen in der Annahme kaum fehl, daß sie da den Brückenzoll erhoben. In England lebte die Puritanerfamilie der Morgan, und 1836 vereinigte sich das normannische Franzosenblut mit dem englischen.

Die Anfänge der Familie Morgan selbst sind recht bescheiden. Morgans erster bekannt gewordener Vorfahr in Amerika war Miles Morgan, der sich 1636 in Massachusetts ansiedelte. Der Urgroßvater des heute lebenden Vertreters der Familie war jedoch schon ein erfolgreicher Geschäftsmann und lebte in Hartfort, Connecticut. Sein Großvater mütterlicherseits, John Pierpont, war Prediger, Dichter und Lebensreformer in Boston. In der Familie Morgan war die Jagd nach dem Dollar eine beliebte Beschäftigung, während John Pierpont stets ein mittelloser Eiferer für das Jenseits blieb.

Josef Morgan wurde ein erfolgreicher Farmer und legte seinen Gewinn in Postkutschen-Linien an. Die große Postlinie von New York nach Boston ging durch Hartford. Aber im Herbst 1839 machte die erste Lokomotive ihre langsame Fahrt durch den Staat. Josef Morgan stellte sich rasch um; seine erste große Spekulation war die folgende: Die Feuerversicherungsgesellschaften der damaligen Zeit machten noch keine Rückstellungen. Man rechnete damit, daß die Prämien zur Begleichung der Feuerschäden ausreichen würden und daß die Schuldverschreibungen der Versicherungsmitglieder im Betrage von je 5—10 000 Dollar nicht beansprucht werden müßten. Aber ein großes Schadenfeuer in New York ließ diese Gefahr plötzlich als naheliegend erscheinen, sodaß die Anteilscheine zu einem recht niedrigen Kurse angeboten wurden. Josef Morgan kaufte eine große Anzahl ganz billig auf. Die Gefahr ging aber bald vorüber, und die Inhaber der Anteilscheine brauchten nicht einzuspringen. Die wiedereinsetzende günstige Entwicklung der Feuerversicherungsgesellschaften brachte vielmehr unserm Josef Morgan binnen kurzem ein Vermögen ein.

Morgans Großvater.
(1813—1890.)

Josef Morgans Sohn, Junius Spencer Morgan, verstand es, das Vermögen zu mehren. Er wurde Teilhaber im Bankhaus von George Peabody. Als der Bürgerkrieg 1865 ausbrach, wurde die Firma zum Finanzvertreter der Vereinigten Staaten in England ernannt. Dabei machte sie riesige Gewinne. In der New Yorker «Evening Post» vom 26. Oktober 1866 werden Peabody und Morgan beschuldigt, ihre Stellung als finanzielle Vertreter der Vereinigten Staaten benützt zu haben, um gerade die Sache zu untergraben, für deren Vertretung sie bezahlt wurden. «Niemand sonst», so heißt es in jenem Artikel, «trug soviel dazu bei, unsere Geldmärkte mit den Scheinen unserer europäischen Schuld zu überfluten, deren Kurse zu drücken und das finanzielle Vertrauen zu unserer Nation zu schwächen, wie G. Peabody & Co., und niemand gewann durch dieses Verfahren mehr Geld als sie.»

Junius S. Morgan konnte sich von diesem Vorwurf nicht rein waschen. Er sollte nach dem Weltkrieg auch seinen Enkel treffen.

John Pierpont Morgan der Aeltere.
(1837—1913.)

Aus seinen Jugendjahren, die der schwächliche Junge zur Kräftigung seiner Gesundheit erst auf den Azoren, dann in Vevey, Zürich, Luzern und schließlich auf der Universität Göttingen verbrachte, rettete er sich auch bestimmte, tiefgehende Eindrücke in sein späteres Leben hinüber. Niemand würde später gedacht haben, wenn er den riesenhaften Mann sah, daß dies einmal ein schwächliches, kränkliches Bürschchen gewesen war.

In seiner Jugend hat er sich auch mit Spiritismus und Astrologie abgegeben und ließ sich Zeit seines Lebens von Astrologen beraten. Im Vorraum seines

Geschäftshauses konnten die dort Wartenden die Zeichen des Tierkreises und die übrigen Figuren der Horoskope auf dem Mosaik des Fußbodens studieren und dabei herausfinden, ob sie zu guter Stunde gekommen seien oder nicht . . .

In Göttingen hatte der junge J. P. Morgan vor allem Mathematik studiert, und als der alte Dozent dieses Faches später in New York von ihm empfangen wurde, soll er Morgan versichert haben: «Wenn Sie in Göttingen geblieben wären, würden Sie heute dort bestimmt Privatdozent sein, und ich könnte Sie als Nachfolger auf meinen Lehrstuhl empfehlen.» So gut verstand sich J. P. Morgan auf Mathematik!

Für das Verständnis des alten J. P. Morgan ist es nicht unwesentlich, zu wissen, daß er sich im Sommer 1859 als Zweiundzwanzigjähriger in Miß Amelia Sturges verliebte. Miß Sturges krankte an hochgradiger Schwindsucht. Trotzdem heiratete sie Morgan. Er suchte dann die ganze Welt nach einem Orte ab, wo sie Heilung finden könnte, zog sich von allen Geschäften zurück und widmete sich ganz seiner kranken jungen Gattin. Wenige Monate nach der Eheschließung starb sie jedoch an einem Blutsturz.

Nach ihrem Tode kehrte er nach New York zurück und verbohrte sich eigensinnig in seine Geschäftsunternehmungen. Damals begann er auch Bilder zu sammeln; als erstes kaufte er das Porträt einer zarten, jungen Dame. Jahrelang hing es über dem Kamin in der Bibliothek seines Hauses. Mit den Jahren wuchs seine Sucht nach Gemälden. Er sandte Kenner in alle Erdteile, um Bilder zusammenzukaufen. Sie brachten manches wertvolle Stück über den Ozean; aber mancher alte Meister würde wohl den Kopf geschüttelt haben, wenn er «seine» Werke in Morgans Galerien gesehen hätte!

J. P. Morgan tritt auf.

Aus den Gerichtsprotokollen der Sechzigerjahre lernen wir sein erstes, bedeutendes Geschäft ken-

nen: Es war eine Lieferung von 5000 Stück Karabiner an die amerikanische Armee. Im Jahre 1857 waren sie von der Heeresleitung als «unbrauchbar und gefährlich» verkauft worden. Morgan ließ sie durch Strohmänner aufkaufen, das Stück zu 3,50 Dollar und verkaufte sie einige Monate später dem General Fremont wieder als «neu, von tadelloser Verfassung» zu 22 Dollar das Stück. Da sich die Regierung aber nachträglich weigerte, den Kaufvertrag zu erfüllen, strengte Morgan einen Prozeß gegen sie an — und gewann ihn, da der Vertrag regelrecht abgefaßt worden sei!

Bald wurde J. P. Morgan in die Geheimnisse des Goldhandels eingeführt, deren Kenntnisse er später mit großem Erfolg ausnützen sollte. E. B. Ketcham, einer seiner Freunde, schlug ihm damals vor, Gold aufzukaufen. «Das Ergebnis wird sein, daß der Goldpreis um mehrere Punkte in die Höhe geht und ein Sturz der Aktien eintritt. In einer Woche bringen wir das Gold wieder in den Verkehr, indem wir die Aktien aufkaufen. Die ganze Aktion wird sich lohnen.»

Die Münzen wurden bei Edelmetallhändlern nach dem gewöhnlichen Goldkurs mit einem kleinen Zuschlag gekauft. Wohl merkten die Goldwarenhändler etwas; aber es gelang doch, zwei Millionen auf diese Weise ohne Preiserhöhung zusammenzubringen. Dann wurde das Gold aus dem Verkehr zurückgehalten, und fast sofort ging der Goldpreis in die Höhe, die Warenpreise sanken — die Schaukel Geld-Ware spielte! Die Senkung der Kurse auf dem Aktienmarkt setzte sofort ein, und Morgan war der einzige, der die Lage ausnützen, die Wertpapiere zu tiefen Kursen erwerben und sie nachher zu höheren Kursen wieder absetzen konnte. Die ganze Spekulation schloß mit einem Reingewinn von 160 000 Dollar, was damals als ein großes Geschäft betrachtet wurde.

J. P. Morgan im Eisenbahngeschäft.

Seine Laufbahn als Finanzmann großen Formats begann Morgan 1869 mit dem Eisenbahngeschäft. Wie seine Vorfahren mütterlicherseits sich an der «steinernen Brücke» in der Normandie festgesetzt und dort den Brückenzoll erzwungen hatten, so setzte er sich jetzt an jenen eisernen Brücken fest, die die Länder verbinden sollten — er machte seine Geschäfte an den Eisenbahnen. In vielen dieser Bahnen steckten die Gelder der Städte und Einzelstaaten. Aber der wilde Konkurrenzkampf der oft planlos gebauten Linien trieb die Preise der Aktien bald in die Höhe, bald wurden sie wieder ohne Maß gesenkt. Die Wahlen der Verwaltungsräte führten meistens zu Tumulten; die eine Gruppe von Aktionären suchte die andere hinauszudrängen. Aus dem Abschaum der Großstädte wurden regelrechte Ueberfallkommandos gebildet, die den Betrieb derjenigen Bahnen lahmlegen sollten, in deren Besitz man sich durch billigen Ankauf der Aktien setzen wollte. Stationsgebäude wurden dann überfallen, Züge beschossen oder zur Entgleisung gebracht, um die Bahn zu entwerten, die man kaufen wollte!

Morgan studierte die Bahnverhältnisse der Vereinigten Staaten und entschloß sich, zuerst die Albany- und Susquehanna-Bahn an sich zu reißen, da sie am ehesten Zins einbringen konnten. Als der Kampf zwischen den verschiedenen Gesellschaften am heftigsten tobte, kaufte er unter der Hand Aktien zu billigem Preise von den verängstigten Kleinaktionären zusammen und sandte dann Botschaft um Botschaft nach Washington, bis endlich die Regierung gehorsam eingriff und dem Banditenunwesen ein Ende machte — zu Gunsten von J. P. Morgan, zu Lasten des Landes, das die Kosten des militärischen Eingreifens tragen mußte.

Dann mußte das Eisenbahnwesen «saniert» werden. Was heißt Sanierung irgendeines Geschäftszweiges in der Zinswirtschaft (Kapitalismus)? Nichts

anderes als die Ausschaltung des Wettbewerbes (der Konkurrenz), damit der Ertrag des Kapitals (des Zinstragenden) nicht gesenkt und damit die kapitalistische Ausbeutung nicht vermindert werde. So kam auch am 8. Januar 1889 eine Versammlung der Eisenbahnmagnaten zusammen, um die Eisenbahnen «zu sanieren», d. h. um es dem flüssigen Gelde zu verunmöglichen, neue Konkurrenzlinien zu erstellen.

Morgan führte den Vorsitz. Dank einem stenographischen Bericht über die Verhandlungen, dessen man später habhaft werden konnte, ist das Werk jener Versammlung bekannt geworden. Der Name der Organisation sollte sein: «Interstate Commerce Railway Association», ihr wesentlicher Zweck also das Aufhören der Konkurrenz unter ihren Mitgliedern. Aber wie sollte irgendein Geldgeber verhindert werden, mit den bestehenden Bahnen in Wettbewerb zu treten?

Es gab hier nur eine Macht: die Macht des streikenden Geldes und der streikenden Banken. Auch hier zeigte sich wieder die Uebermacht des Geldes und des Geldgebers über den Unternehmer. Denn wäre irgendeiner der anwesenden Unternehmer geneigt gewesen, dem vorbereiteten Programm zu widersprechen, so wurde ihm die Strafe sofort klar vor Augen geführt indem Morgan verkündete:

«Ich bin von den hier vertretenen Bankhäusern zu der Erklärung ermächtigt, daß diese für den Bau von Parallellinien oder zur Erweiterung von Linien, die von uns nicht gebilligt worden sind, keine Geschäfte mit Wertpapieren machen und auch alles in ihrer Macht Stehende tun werden, um solche Geschäfte zu verhindern. Ich möchte, daß dieses deutlich verstanden wird.»

Diese Drohung wurde zweifellos verstanden. So ungeheuer groß auch der Reichtum der anwesenden oder vertretenen Eisenbahnkönige war, nicht einer von ihnen oder eine Vereinigung von ihnen wagte

Morgan und seinen Banken Trotz zu bieten. Man wußte, was das Wort «Kreditsperre» bedeutete!

Wenn diese bloße Drohung der mächtigen, von Morgan geführten Bankiers genügte, um eine Gruppe der Eisenbahndiktatoren der Vereinigten Staaten zu überzeugen oder in Furcht zu versetzen, was konnte die Bankmacht dann nicht vollbringen, wenn sie ihre ganze Kraft energisch einem bestimmten Ziele zuwandte? Keine Regierung konnte dieser Macht des Geldes widerstehen. —

Dieses «große Geschäft» begründete Morgans Ruf als Finanzgenie. Er bezog ein weiß-marmorenes Bankgebäude Ecke Broadway und Wallstreet gegenüber der Effektenbörse (Stock-Exchange), das noch heute den Namen J. P. Morgan & Co. in goldenen Buchstaben zeigt. — Seine Wohnung hatte er nach wie vor in einem prächtigen Hause Madison Avenue Nr. 227, wo auch sein Sohn heute noch wohnt. Hier stand allmorgendlich die Equipage punkt halb neun bereit, die ihn nach der Wallstreet brachte, und noch Jahrzehnte später blieb er beim Pferdegespann, als alle anderen Börsenkönige längst in Autos zu ihren Geschäften fuhren.

Hier führte er auch seine zweite Gattin heim, die Tochter des angesehenen New Yorker Richters Traccy. Im Jahre 1867 wurde sein einziger Sohn geboren, ebenfalls John Pierpont getauft, der heutige «J. P. Morgan». —

Folgen der Geldverknappung 1873—1893.

Eines der schlimmsten Gesetze, das jemals in den Vereinigten Staaten in Kraft trat, war die Ausschaltung des Silbers als Währungsmetall am 12. Februar 1873. Erst nach der Annahme merkte man die verheerenden Folgen dieses Beschlusses: Gold war damals zur Bewältigung des Warenumsatzes nicht in hinreichender Menge vorhanden, denn die Goldgruben waren erschöpft und neue sollten erst 1893 in Clondyke gefunden werden. Die Verhältnisse glichen

also denen von 1929—33. Infolge des Geldmangels, den man so durch die Ausschaltung des Silbers künstlich verstärkt hatte, fehlte die Nachfrage auf den Waren- und Aktienmärkten und die Preise begannen zu sinken: das war der Beginn der allgemeinen Wirtschaftskrise. Die Vertreter des Mittelstandes im Kongreß erhoben die Beschuldigung, daß die Ausschaltung des Silbers durch die Verschwörung der Hochfinanz durchgesetzt worden sei; die Kongreßberichte jener Jahre sind voll von solchen Anklagen. Diese Krise dauert fast ununterbrochen bis 1893.[1])

Die Verhältnisse der Bahnen wurden durch diesen allgemeinen Preisfall derart verschlimmert, daß im Verlauf einiger Jahre 423 Gesellschaften mit einem Kapital von 2500 Millionen Dollar in Konkurs gerieten. In dieser Zeit machte Morgan sein zweites großes Geschäft. Er entschloß sich, fünf der aussichtsreichsten Bahnen aufzukaufen. Wieder kauften seine Makler, wie seinerzeit bei der Albany- und Susquehanna-Bahn, die Aktien dieser Gesellschaften unter der Hand zu niedrigsten Kursen auf. Sobald Morgan die Mehrheit der Aktien besaß, stellte er gerissene Geschäftsleute an die Spitze der Bahndirektionen und opferte große Summen, um sie in der Krisenzeit durchzuhalten. Als dann wieder mehr Geld in den Umlauf kam und sich die Geschäftstätigkeit wieder hob, erwies es sich, daß der Gewinn, den Morgan aus dem Volke herausholen konnte, riesig groß war. Morgan galt als der mächtigste amerikanische Eisenbahnmagnat, ohne daß er selber jemals eine Eisenbahn gebaut hätte, woraus wieder klar hervorgeht, daß der Geldmann dem Unternehmer überlegen ist.

J. P. Morgan und die Staatsschulden.

Es ist etwas vom Allerschlimmsten, daß man den Staatsmännern die Möglichkeit gibt, auf Kosten des

[1]) Siehe: «Die bösen Siebziger- und Achtzigerjahre» in Fritz Schwarz, «Segen und Fluch des Geldes», 2. Aufl., Bern 1931, Band I.

Volkes Schulden zu machen. Die Anlage von Vermögensteilen in Staatsanleihen ist bei den Zinsnehmern (Kapitalisten) aus drei Gründen beliebt: erstens sind diese Anlagen verhältnismäßig sicher. Zweitens werden sie zu einem festen Zinsfuß gegeben, so daß mit dem Schwanken des Zinses in einem Lande auch der ganze Staatsschuldenbetrag, der festverzinslich ist, ins Schwanken kommt, im Kurse steigt und fällt. (Dieses Schwanken wäre auf die einfachste Weise zu vermeiden durch die Ausgabe von Parititeln, d. h. von Obligationen zu festem Kurs, aber schwankendem Zinsfuß. Doch damit wäre die Spekulation mit Staatsobligationen unmöglich geworden — und das wollen die Spekulanten nicht.) Drittens geben die Staatsschulden den Banken reichliche Einnahmen, wenn sie gemacht werden. Die Vermittlergebühr und der Kursgewinn machen Riesenbeträge aus, die den vermittelnden Banken zufließen und einen wichtigen Teil ihrer Einnahmen bilden.

J. P. Morgan begann, als er Teilhaber der Firma Drexel, Morgan und Co. geworden war, mit dem Emissionsgeschäft, d. h. also: er verschaffte dem Staate Geld. Eine seiner ersten Unternehmungen in diesem Fache bestand darin, 260 Millionen Dollar aufzubringen. Er konnte die Obligationen sofort mit einem Aufschlag von ein bis vier Prozent über dem Kurs verkaufen, den er dem Staate abliefern mußte. Sein Gewinn betrug über 10 Millionen Dollar, seine Tätigkeit war die Bearbeitung der öffentlichen Meinung, der man Mißtrauen gegen die Industrieaktien und unbedingtes Zutrauen in die günstige Kursentwicklung der Obligationen beibringen mußte.

Eine Hemmung des Geldumlaufes genügt zu diesem Zwecke. Man erzeugt damit ein Mißtrauen in die künftige Entwicklung der nicht festverzinslichen Aktien. Diese werden verkauft und im Kurse gedrückt, sobald man denkt, die Dividende könnte sinken. Der Zinsfuß der Obligationen dagegen ist ja fest und sie werden in solchen Zeiten naturgemäß sofort besser bezahlt, weil feste Verzinsung gewähr-

leistet ist. So kann man auch hier eine Schaukel in Bewegung setzen, die dem Geld einbringt, der sie zu bewegen weiß oder der ihre Bewegung voraussieht. Wir werden später hören, daß vor der Gründung der Bank für internationalen Zahlungsausgleich erst diese Schaukel in Bewegung gesetzt wurde, bevor man die Young-Obligationen verkaufte.

Goldwährung, Staatsanleihen und Morgan.

Sobald man das Gold als Geld brauchen will, so muß jedes Land eine bestimmte Menge davon besitzen, wenn es seine Waren austauschen will. Um Noten ausgeben zu können, soll angeblich eine «Deckung» dieser Noten durch Gold nötig sein. In Tat und Wahrheit ist es aber so, daß für die Kaufkraft der Noten deren umlaufende Menge im Verhältnis zum Warenangebot entscheidend ist und nicht die Golddeckung; gerade so wie für das, was man am Tisch in den Teller bekommt, auch nur die Menge der Teller im Verhältnis zu den vorhandenen Speisen entscheidet und nicht der Stoff, aus dem die Teller gemacht sind!

Aus Gründen, die wir weiter vorn schon angedeutet haben, preist man allen Völkern die goldenen Teller an — wer Gold zu verkaufen hat. Und nicht nur der Goldlieferant, sondern auch der Händler mit Gold — der Börsenspekulant — tritt für die Gold«währung» ein. Warum?

Die Goldwährung zwingt alle Regierungen zum Ankauf von Gold. Um dies tun zu können, müssen die Regierungen mit Schuldscheinen bezahlen, mit Staatsobligationen. In die Schweiz kam z. B. 1914—1918 für 402 Millionen Franken Gold und Silber, woher sich das Anwachsen der Staatsschulden einerseits und des Notenstandes anderseits zum Teil erklärt.

Doch nicht genug damit: den Notenbanken werden diese angeblich notwendigen Deckungsreserven entzogen, sobald sie wertvoller wer-

den, und zugeschoben, sobald ihre Kaufkraft sinkt. Dafür nur ein krasses Beispiel:

Von 1914—1921 sank in der Schweiz die Kaufkraft des Goldes und des Silbers auf ungefähr 45, wenn man die Vorkriegskaufkraft mit 100 bezeichnet. Damals flossen zu den 194 Millionen Edelmetall von 1913 weitere 473 Millionen Franken hinzu, so daß der Edelmetallschatz 1921 bis auf 667 Millionen Franken gestiegen war. Dann aber zeigte es sich, daß erstens infolge der Entwertung des Silbers ein Schaden von 120 Millionen Franken entstanden war — das Silber mußte um einen ganz gehörigen Betrag abgeschrieben werden. Zweitens zeigte der Bankausweis vom 23. August 1926, daß von 1921, also vom Zeitpunkte an, wo das Gold seine Kaufkraft beinahe verdoppelte, der Metallschatz der Schweizerischen Nationalbank schon wieder um 158 Millionen Franken abgenommen hatte und nur noch 509 Millionen Franken betrug. An dieser Verminderung hatte das Gold den Löwenanteil mit 120 Millionen.

Bevor die Börsenwelt das Gold also billig macht, schiebt sie es den Staatsregierungen zu. Wenn es billig ist, nimmt man es ihnen wieder ab. Wenn es teuer ist, müssen es die Völker wieder kaufen — um die Währung aufrecht zu erhalten. Das ist das System der Goldwährung und eine Hauptursache der Staatsanleihen und der Staatsschulden. Durch die Goldwährung kommen die Staaten in die Schulden hinein, sie wissen nicht wie; die Parteien schieben einander die Schuld zu. Und kaufen die Notenbanken und die Regierungen kein Gold, so sind sie nicht imstande, nach den Gesetzen der Goldwährung die Wirtschaft mit Geld zu versorgen — die Krise ist da!

Wie arbeitete nun Morgan in den Vereinigten Staaten?

Im Jahre 1894 war die Regierung dazu gebracht worden, den Börsianern zwei Obligationenausgaben von je 50 Mill. Dollar zu übertragen. Der Gewinn

erreichte, wie man schätzte, dabei wieder mehr als 10 Millionen. Im Jahr 1895 war der Staatsschatz der Vereinigten Staaten jedoch wieder ohne Gold. Wohin war das Gold gekommen, das die Regierung kurze Zeit vorher zu Wucherpreisen erworben hatte? Die Berichte der großen Bankhäuser gaben die Antwort. Gegen Ende Januar 1895 besaßen 26 Bankhäuser der Stadt New York in ihren Gewölben einen Schatz von 65 Millionen Dollar in Gold. Gleich darauf belief sich die Summe auf 129 Millionen Dollar. Die Regierung war machtlos; man erzählte, daß Präsident Cleveland gesagt habe: «Die Banken haben das Land bei der Gurgel gepackt.»

Worin bestand die «Not» des Landes? Den Notenbanken fehlte die «Deckung», auf die gestützt angeblich allein Noten ausgegeben werden dürfen!

Aber im geeigneten Augenblick trat ein Syndikat von Bankiers öffentlich auf und bot der Regierung großmütig an, sie gegen Staatsobligationen mit Gold zu versehen. An der Spitze dieses Syndikats stand J. P. Morgan. Cleveland übergab ihm die 62 Millionen Dollar vierprozentiger Obligationen zum Preise von 104; das Syndikat verkaufte sie sofort wieder zu 118, 119 und 120 und erzielte dabei einen Gewinn von ungefähr 18 Millionen Dollar.

Kaum war die Golddeckung durch die Obligationenausgabe von 62 Millionen Dollar erhöht, so wurde sie durch die Bankiers schnell wieder weggeholt. Gegen Ende des Jahres 1895 verbreiteten sich Gerüchte, daß eine neue Obligationenausgabe im Gange sei. Diese Gerüchte wurden durch den Erlaß eines persönlichen Rundschreibens von J. Pierpont Morgan bestätigt, das seine Absicht kundtat, ein Syndikat zu bilden, um die erwartete weitere Ausgabe von 200 Millionen Dollar Regierungsobligationen zu übernehmen. Morgan und seine Teilhaber sahen einen Gewinn von 20 Millionen Dollar voraus. Augenscheinlich wußte Morgan genau, wieviel die

Regierung aufzunehmen beabsichtigte; als die Regierung ihren Aufruf erließ, entsprachen die Bedingungen denen des Zirkulars, das Morgan eine Woche vorher ausgegeben hatte. Da folgte eine so allgemeine Empörung, daß Cleveland und sein Kabinett gezwungen waren, das Morgan-Syndikat preiszugeben und die neue Anleihe mit einer Ersparnis von 20 Millionen Dollar für den Staatsschatz auf den allgemeinen Markt zu bringen!

Als damals Morgan die neue 200-Millionen-Dollar-Anleihe in seine Gewalt zu bekommen suchte, fragte ihn ein befreundeter Bankier, ob er nicht einiges über die Pläne des Syndikats erfahren könne, ehe er sich beteilige. «Kann Ihnen nichts Näheres mitteilen», soll Morgan geantwortet haben. «Wenn Sie Geld machen wollen und das Geld haben, beteiligen Sie sich. Wenn nicht, au revoir.»

Die oben erwähnten 20 Millionen Dollar stellten die Summe dar, die die Regierung sparte, weil sie den Obligationenhandel ausnahmsweise ohne das vermittelnde Verfahren der Banken ausführte. In allen Ländern ohne Ausnahme wird jede Anleihe durch die Banken besorgt!

So haben z. B. vom August 1914 bis im April 1923 Bund und Bundesbahnen der Schweiz 16 Anleihen im Betrage von 1960 Millionen Franken aufnehmen müssen. Aber nur 1840 Millionen haben sie wirklich erhalten. Der «Rest» von 120 Millionen blieb bei den Banken kleben, als Kommissionsgebühr und als Kursgewinn für die Zeichner. Verzinst und zurückbezahlt muß diese Summe aber trotzdem werden, und zwar durch das Schweizervolk. Auf je 100 geliehene Franken macht das 6 Fr. aus.

Morgan und der spanisch-amerikanische Krieg.

Nach diesen Erfolgen auf privatwirtschaftlichem Gebiete versuchte Morgan, sich weiter als politischer Bankier zu betätigen. Dazu bot sich bald Gelegenheit im Jahre 1895. Die Geschichte der Panik

dieses Jahres erinnert stark an die Ereignisse im Sommer und Herbst 1931 in Deutschland und England. Nach dem Sherman-Gesetz von 1890 war der Schatzsekretär verpflichtet, monatlich 4½ Millionen Unzen (1 Unze = 31,14 gr) Silber anzukaufen und dafür Schatznoten abzugeben, die er wieder in Silber oder Gold einlösen mußte. Dieses Gesetz wurde 1893 wieder aufgehoben. Die Folge war wieder eine Geldverknappung, genau wie 1873. Montana Warn, ein unter diesem Decknamen schreibender Ostschweizer, berichtet über die Folgen dieser Geldverminderung (in seinen vom «Verein für Verbreitung guter Schriften» 1908 herausgegebenen Lebenserinnerungen):

«Die Wirkung der Aufhebung des Sherman-Gesetzes war unheilvoll. Sofort stellten die allermeisten Silberwerke den Betrieb ein, und dadurch wurden in den westlichen Staaten Millionen von Arbeitern verdienstlos und wandten sich nun in voller Verzweiflung den ackerbautreibenden Präriegegenden und dem Osten zu. Es entstand ein heilloser Wirrwarr. Die Folge war eine allgemeine Gedrücktheit.

«Jowa als ackerbautreibender Staat besaß zwar genug Lebensmittel, die man aber gar nicht oder bloß noch zu Schleuderpreisen verkaufen konnte, und dies hatte eine allgemeine Entwertung des Grundeigentums zur Folge. Das Gold wurde versteckt; nur Silber und Banknoten zirkulierten noch, und auch diese wurden mit der Zeit immer seltener. Man mußte zum Tauschhandel greifen. Da man gar keine Garantie mehr hatte, die Erzeugnisse auch für Geld loszuwerden, trat allgemeine Energielosigkeit ein. Die in diesem Lande so notwendigen warmen Kleider waren zwar spottwohlfeil; aber ohne klingende Münze konnte man sie schließlich doch nicht kaufen. Fettes Rindvieh und mittelgroße Schweine brachten noch ein wenig Geld ein. Bei dem elenden Zustand der Zäune aber brachen die Tiere aus und kehrten nicht mehr zu-

rück. Ein Nachbar beschuldigte den andern des Diebstahls, und bösen Worten folgten Tätlichkeiten. Auch die Politik spielte eine große Rolle, und man kannegießerte mit einer Erbitterung ohnegleichen. Statt bloß mit dem Revolver in der Hosentasche, spazierten die Leute nun ganz ohne Scheu mit geladenen Schrotflinten umher.

«Ein Hauptzweck des Krieges mit Spanien, den vielen Arbeitslosen Verdienst zu verschaffen und durch Lieferungen aller Art an die Armee der Industrie aufzuhelfen, wurde erreicht.»[3])

Wenn Montana Warn hier die Behauptung aufstellt, daß der Krieg gegen Spanien zur Hauptsache begonnen wurde, weil man die Arbeitslosen auf die Philippinen abschieben und sie dort den Spaniern, dem gelben Fieber und den verdorbenen Konserven ihres Vaterlandes aussetzen wollte — was nur wenige überlebten, man lese in Erwin Rosens «deutschem Lausbub in Amerika» die bezüglichen Abschnitte! — so kommt das einem doch fast unglaublich vor.

Aber unser Landsmann hat einen Zeugen erhalten in A. B. Farquhar, dem bekannten amerikanischen Großindustriellen. Er schreibt,[4]) daß Kongreßmitglieder zu Cleveland gekommen seien und ihm erklärten, die Lage werde unerträglich und man müsse den Krieg haben. Darauf antwortete der Präsident, daß die Insel Cuba für 150 Mill. Dollar zu kaufen wäre und «ein Krieg würde weit mehr kosten und uns wieder eine lange Liste von Pensionsbeziehern bescheren». Er sei standhaft geblieben. Dann wurde aber die «Maine» im Hafen von Havanna zerstört. Die Spanier behaupteten, daran ganz unschuldig zu sein, und auch Farquhar läßt

[3]) Von uns gesperrt!
[4]) A. B. Farquhar: Die erste Million — die schwerste. Leipzig 1927. S. 250.

durchblicken, daß weder er, noch McKinley, noch Cleveland an die Schuld Spaniens glaubten — «trotzdem war es unmöglich, dem Rufe nach Krieg zu widerstehen».

Krise und Krieg gehören ebensogut zusammen wie Krise und Schutzzoll.

In der Krise verminderte sich der Wirtschaftserfolg der Vereinigten Staaten, die Zahlungen für ausgeführte Waren blieben aus, weil die Ausfuhr stockte, das Land verarmte — wie alle Länder in Krisenzeiten. Das Mißtrauen nahm zu und damit der Rückruf von Krediten, damit wiederum der Abfluß des Goldes nach Europa. Das Schatzamt wurde mehr und mehr um die Auslieferung von Gold bestürmt und man sah den Augenblick herannahen, wo die Goldvorräte des amerikanischen Schatzamtes erschöpft sein würden. Binnen 10 Wochen waren ihm gegen 100 Millionen Dollar in Gold entzogen worden. Präsident Cleveland wollte sich an das Volk wenden, um eine Goldanleihe aufzunehmen. Mit verbissener Zähigkeit hintertrieb Morgan durch eine kluge Agitation das Zustandekommen des Planes. Gleichzeitig verkaufte er aber in London Wertpapiere gegen Gold und ließ dieses in seine Banken nach New York bringen. Im Inland schränkte er alle seine Unternehmungen aufs äußerste ein, nur «um Kopf und Geld frei zu haben».

Als nur noch 9 Millionen Dollar im Schatzamt waren — die letzte «Deckung» der amerikanischen Staatsnoten! — reiste Morgan nach New York, um mit seinem Opfer Cleveland zu verhandeln. Aber schon auf dem Bahnhof wurde ihm durch einen Gesandten des Präsidenten bedeutet, dieser wünsche ihn nicht zu sprechen, sondern er werde sich an das Volk wenden.

Darauf ging Morgan in sein Hotel und füllte dort einen Scheck auf 12 Millionen Dollar aus — soviel hatte er vom Schatzamt zu fordern. Den Scheck sandte er an seine New Yorker Filiale mit der Weisung, ihn am folgenden Morgen dem Schatzsekretär

zur Zahlung einzureichen — demselben Schatzsekretär, der noch bare 9 Millionen Dollar zur Verfügung hatte!

Am nächsten Morgen erbat sich Morgan dringend eine Konferenz bei Cleveland; sie wurde gewährt. Wiederum blieb der Präsident unerbittlich. Da beugte sich J. P. Morgan in seinem Sessel vor und sagte: «Herr Präsident, es sind nur noch 9 Millionen Dollar in der Schatzkammer, und es ist ein Scheck von mir über 12 Millionen unterwegs...»

Leichenblaß saß Cleveland da. — In der gleichen Stunde nahm er einen Zwischenkredit von 65 Millionen Dollar von Morgans Gnaden an — weil er glaubte, daß die «Ehre der Nation» mit der Goldeinlösung stehe und falle.

Morgan der «unvergleichliche Führer der Industrie».

Nachdem durch die Goldwährung der Boden vorbereitet worden war, setzte 1898 eine Bewegung zur Zusammenfassung des Besitzes an Eisenbahnlinien, Industriezweigen, gemeinnötigen Betrieben und Bergwerken ein. Die Trustperiode kam nun, weil die Voraussetzung da war — die Goldwährung, der Goldtrust. Nach einem fast dreißigjährigen Kampf in den Gerichtshöfen und auf dem Tummelplatz der Politik und Industrie sah sich der Mittelstand immer neu betrogen und ausgeraubt. Beim Aufbau des Trustwesens war J. Pierpont Morgan einer der ersten.

Die wichtigste aller Gesellschaften im Kohlengebiet von Pennsylvanien war die Pennsylvania-Kohlengesellschaft. Während sie ihren Arbeitern elende Löhne zahlte, hatte sie jahrelang 16% Dividende von einem Kapital von 5 Millionen Dollar eingeheimst. Sie besaß Reserven im Betrag von 10 Millionen Dollar.

Hier war eine herrliche Gelegenheit für Morgan! Sobald er sich mit den lockenden Tatsachen bekannt gemacht hatte, war ein Feldzugsplan rasch entwor-

fen. Er schickte Agenten aus, um das nordöstliche Gebiet von Pennsylvania zu durchsuchen, mit dem Befehl, für Aktien der Pennsylvania-Kohlengesellschaft jeden geforderten Preis zu zahlen. Unauffällig gingen diese geheimen Abgesandten ihrer Aufgabe nach. Monatelang durchreisten sie Pennsylvanien und erlangten schließlich genug Aktien, um Morgans Herrschaft sicherzustellen; für diese Aktien war ein Durchschnittspreis von 532 Dollar für das Stück gezahlt worden.

Was tat dann Morgan? Er verkaufte die Aktien mit gewaltigem Gewinn an die Erie-Eisenbahngesellschaft für 32 Millionen Dollar. Aber wer beherrschte die Erie-Eisenbahn? J. Pierpont Morgan! Als Privatperson kaufte er die Kohlenaktien, und dann bestimmte er als Herrscher über die Erie-Bahn, was ihm diese für seine Aktien bezahlen sollte!

«Die Kritik», so bemerkte die Industriekommission mit der allen solchen amtlichen Berichten eigenen zarten Zurückhaltung, «hat dieses Verfahren mit der Begründung angegriffen, daß der von der Erie-Eisenbahn an Morgan gezahlte Preis übertrieben hoch war. Zeugenaussagen vor der Industriekommission weisen darauf hin, daß dies in der Tat der höchste Preis war, der in der Geschichte des Geschäftslebens für solchen Besitz gezahlt worden ist.» Was diese Kommission so matt und liebenswürdig als «Kritik» bezeichnete, war in Wirklichkeit ein allgemeiner Sturm des Unwillens über die Kühnheit, mit der Morgan Millionen Dollar an sogenanntem «Gewinn» gelassen sich selbst zuwies. Ueber diese Art der Geschäftsführung und verschiedenes Aehnliches beruhigte sich die Industriekommission mit folgender Erklärung: «Die Möglichkeit betrügerischen Gewinns ist unter diesen Umständen ungeheuer groß.» Die von Morgan bei diesem Geschäft eingesteckte Summe konnte nie genau in Erfahrung gebracht werden. Die Industriekommission gab sich mit der Erklärung zufrieden: «Welche Höhe der Ge-

winn des Bankiers erreichte, wurde durch die Zeugenaussagen vor der Kommission nicht klargestellt.»

Morgan und die Carnegie.

Carnegies Stahltrust bildete seinerzeit ebenfalls den Höhepunkt einer Organisation. Durch den Besitz großer Eisenlager und die Herrschaft über Eisenbahnen machte er beinahe alle Konkurrenten, die er hatte, zu Nullen.

Der Brücken- und Röhrentrust dagegen, der zum großen Teil Morgan gehörte, ging nun mit dem Plan um, gewisse Halbfabrikate, die bisher die Carnegie-Werke geliefert hatten, künftig selbst herzustellen. Diese Nachricht war für Carnegie eine Kampfansage. Carnegie verbreitete darauf sofort die Nachricht, er beabsichtige, eigene Eisenbahnen von Pittsburg nach den großen Seen im Westen und im Osten bis zum Atlantischen Ozean zu bauen; er schickte schon Vermessungsbeamte zur Absteckung der Strecke hinaus.

Die Wirkung auf Morgan war zuerst niederschmetternd. Carnegie konnte seine Drohungen ausführen; darin lag die Gefahr. Hätte Morgan mit der Regierung der Vereinigten Staaten zu tun gehabt, so würde er sich über Drohungen, die er, wie er wußte, ruhig übersehen konnte, nicht beunruhigt haben, aber im Kampf mit Carnegie stand er einem Magnaten gegenüber, dessen Macht er mit gutem Grunde zu fürchten hatte. Wie konnte Carnegie von seinem verhängnisvollen Plan abgebracht oder an seiner Ausführung verhindert werden? Einen einzigen Weg gab es — ihn aufzukaufen und einen noch größern Trust zu organisieren! — Der Erwerb der Anlagen der Carnegie-Gesellschaft kostete das Morgan-Syndikat 447 Millionen Dollar.

Morgan konnte die erworbenen Aktien zum Marktpreis von ungefähr 50 verkaufen. Bis zum Ok-

tober 1902 hatten Morgan und seine direkten Teilhaber im Syndikat schon 40 Millionen Dollar an Gewinn verteilt. Von wem kam dieser durch das Wucherspiel mit Aktien erlangte Gewinn? Von einer Menge Geldanleger des Mittelstandes aus allen Teilen der Welt. Angelockt durch die glänzend abgefaßten Prospekte des neuen Stahltrusts und ganz davon überzeugt, daß das dabei angelegte Geld große Dividenden bringen und daß die Aktien im Preise weiter steigen würden, rissen sie sich buchstäblich darum. Nachdem dieses Geschäft von den beiden Herren erschöpfend betrieben worden war, wurde der Preis gewöhnlicher Aktien allmählich heruntergebracht, bis er im Jahre 1904 von 50 auf 8¾ Dollar gesunken war. Scharen von Geldanlegern des Mittelstandes waren ruiniert; die Börsenhechte hatten ihr Geld in die eigene Tasche übertragen. Dieses Verfahren wurde mehreremale mit großem Erfolg wiederholt. Wenn die kleinen Leute sich von ihren Aktien bei niedrigen Preisen trennten, pflegten die Magnaten sie zurückzukaufen, und wenn sie dann eine Dividendenerklärung veröffentlicht und rosige Berichte über das Stahlgeschäft verbreitet hatten, wodurch die Aktien wieder in die Höhe getrieben wurden, verkauften sie diese wieder mit ungeheuer großem Gewinn. Durch dieses Verfahren haben Morgan und die ihm verbündete Gesellschaft Hunderte von Millionen Dollar gewonnen.

Aehnlich geht es mit den Wertpapieren in allen Ländern.

Wenn man fragt, von wem diese durch Spekulationen gewonnenen Hunderte von Millionen kommen, so ist die Antwort einfach. Von den Sparern der ganzen Welt!

Selbst wenn sich der Mittelstand vorsichtig von den Gefahren des Geldmarktes fern hält, so wird sein Geld doch von den Banken benutzt, wie wenn es ihr Eigentum wäre. So erstaunlich dies auch scheinen mag, es war und ist ein dem Mittelstande

gespielter bitterer Possen. Die Ersparnisse der Gewerbetreibenden und Kaufleute werden in den Banken angelegt. Diese eingezahlten Gelder werden dann von den Banken benutzt, um gerade die Klasse zu vernichten, der sie gehören. Das ist die widersinnige Lage, die der Mittelstand sich nicht klar macht. Die Börsenherren beherrschen die Banken; diese ihrerseits spekulieren mit dem Geld der kleinen Sparer, wobei ihnen die Verluste aufgehalst werden, während die Gewinne den Großen zufallen, die besser unterrichtet sind als die kleinen Banken. Für derartige Spekulationsmanöver haben die Banken immer Geld, während es für die Anfänger im Gewerbe oft fast unmöglich ist, Kredit von den gleichen Banken zu bekommen.

Der Bericht der Mehrheit der Untersuchungskommission des Kongresses sagt, daß während der fünf Jahre nach der Bildung des Stahltrusts J. P. Morgan für «Gründerdienste», Preissteigerung und Einwechselung der Aktien bei der Uebertragung der Bundes-Stahlgesellschaft, der National-Röhrengesellschaft und der amerikanischen Brückengesellschaft auf den Stahltrust 123 Millionen Dollar erhielt und daß der ganze Betrag in Papieren und bar, der von der Stahlkorporation und ihren Hilfsgesellschaften dem Morgan- und andern Syndikaten für ähnliche Dinge zugewandt wurde, sich auf 160 Millionen Dollar oder auf annähernd 50 Prozent des wirklichen Wertes aller ihrer Betriebsanlagen und Besitztümer zusammen belief.

Auf die Einwohner einer Stadt mit 100 000 Einwohnern verteilt, würde diese Summe 8000 Fr. für jeden Einwohner ausgemacht haben. Dies als Erläuterung für den uns fast unverständlichen Begriff «160 Millionen Dollar».

Bei keiner dieser Berechnungen sind jedoch die großen Summen in Betracht gezogen, die Morgan und seine Verbündeten später durch ihre Machenschaften auf dem Geldmarkte einheimsten. Einige

von diesen Aktien wurden schlauerweise an einen Teil der in den Stahlfabriken beschäftigten Arbeiter verkauft, in der Absicht, ihren Widerstand gegenüber den Bedingungen, unter denen sie zu arbeiten gezwungen waren, aufzugeben und sie zu veranlassen, gerade das System zu unterstützen, durch das sie ausgebeutet wurden. Dieses System führen bekanntlich auch viele Versicherungsgesellschaften durch; etwas ähnliches planten seinerzeit auch andere Unternehmungen.

Morgan und New York.

Mit einem Kostenaufwande von mehr als 22 Millionen Dollar (bis zum November 1909 gerechnet) hatte die Stadt New York am Hudson eine Reihe ausgedehnter moderner Landungsbrücken gebaut und die dazu notwendigen Auslagen bestritten. Diese Landungsbrücken wurden an drei Dampfschiffgesellschaften verpachtet, von denen eine von Morgan gegründet wurde. Diese Gesellschaften verschafften sich durch die Tammany-Verwaltung im Jahre 1904 einen Pachtvertrag so himmelschreiender Art, daß die Stadt nicht genug einnahm, um auch nur die Zinsen der für die Landungsbrücken ausgegebenen Obligationen zu bezahlen. Der Nettoverlust für die Stadt betrug jährlich 845 000 Dollar, das waren im Tag 2316 Dollar.

Und während Morgans Gesellschaft aus diesem Geschäft Nutzen zog, zahlte er jährlich 20 000 Dollar an das städtische Untersuchungsbureau, damit kleine Diebereien untersucht und bestraft würden!

Morgans schlimmster Streich: die Wirtschaftskrise von 1907/08.

Aus zwei Gründen führte Morgan diese Krise herbei. In einer Gegend Amerikas, die reich war an Kohlen, Kalk und Eisenerzen und wo billige Arbeiter sich in großer Zahl anboten, war ein Eisen- und

Stahl-Unternehmen entstanden. Dieses Unternehmen war unabhängig von Morgans Stahltrust und konnte mit ihm leicht in Wettbewerb treten; so war es ihm ein Dorn im Auge.

Dieses schnell wachsende Unternehmen aber benötigte Leihgeld. Zu diesem Zwecke hinterlegten seine Besitzer Aktien und erhielten dafür Kredit. Wie das Morgan merkte, war sein Plan gefaßt . . .

Hinzu kam, daß in der gleichen Zeit die sogenannte «Heinze-Morse-Thomas-Gruppe» ihm auf anderen Gebieten Konkurrenz machte. Auch dieses Unternehmen mußte niedergeknüppelt werden.

Es war nicht möglich, diese Gruppen zu erledigen durch Niederhalten der Preise für die Waren, welche Morgan und seine Gegner dem amerikanischen Volke lieferten; wenn Morgan das versucht hätte, so wäre es für seine Konkurrenten ein Leichtes gewesen, mit den Preisen ebenfalls herunterzugehen. Und zwar aus dem einfachen Grunde, weil auch die Erzeugnisse seiner Gegner sozusagen aus dem Nichts hervorgingen: es waren Geschenke des Bodens, wie Kupfer, Eisen und Kohlen. Durch das absichtliche Niederhalten der Preise hätte Morgan nur dem amerikanischen Volke ein Geschenk gemacht. Nicht von der Warenseite her, sondern von der Geldseite aus mußte die Konkurrenz vernichtet werden.

War schon das erste ein beinahe genügender Grund für eine Krise, so kam noch dazu, daß um die gleiche Zeit Rockefeller mit seiner Standard-Oil-Company über den Präsident Roosevelt sehr erbost war. Unter dessen Leitung war planmäßig gegen die Trusts vorgegangen worden, und zwar mit sehr hohen Geldstrafen für jeden einzelnen Fall der Gesetzesverletzung. Am berühmtesten wurde der Chicagoer-Prozeß gegen die Standard-Oil-Company von Rockefeller, in dem die Company zu einer Geldstrafe von 29 240 000 Dollar, also rund 150 Millionen Franken verurteilt wurde. Rockefeller hat sich zwar nicht darüber aufgeregt. Er kennt seine Macht

und weiß, was seine Anwälte im Verschleppen leisten. «Ehe aus den Kassen der Standard ein Dollar Geldstrafe bezahlt wird, wächst Gras auf dem Grabe dieses Richters», sagte er kühl beim Eintreffen der Nachricht. Aber schwer gereizt war er immerhin, weil er wußte, daß diese Verurteilung nur ein Vorspiel war. Weitere Anklagen waren vorbereitet, die Einzelfälle gingen in die Tausende und wenn man jeden Einzelfall mit der höchstmöglichen Geldstrafe von 5000 Dollar büßte, so würden Hunderte von Millionen herauskommen. Ja, schon wagte man davon zu reden, daß man gegen ihn persönlich seiner Meineide wegen vorgehen und ihn der Beamtenbestechung anklagen werde: Gefängnis und Zuchthaus drohten!

Das konnte nicht länger geduldet werden. Die in ihrer Sicherheit bedrohten Mammonarchen traten im Juni 1906 in der Brodway Nr. 26 zum ernsten Kriegsrate zusammen. Die Regierung hatte gedroht, der Standard-Oil-Company 30 Millionen Dollar abzunehmen; dafür sollte sie und mit ihr das ganze Land büßen! Das war das Ergebnis dieser Beratung.

Die ganze Geschichte dieses Feldzuges zeigt uns mit erschreckender Deutlichkeit, wie weitsichtig und umfassend solche Spekulationen eingeleitet und durchgeführt werden.

Rockefeller und Morgan fanden es für vorsichtiger, ihre Arbeit nicht in New York anzufangen. Sie begannen mit dem Rückzug des Geldes und damit der Einschnürung des Kredites für alle Unternehmungen in London, indem sie dort 125 Millionen Dollar in Gold abhoben und nach New York verbrachten.

In welchem Maße damals Gold aus den andern Ländern nach den Vereinigten Staaten gezogen wurde, zeigt die Tatsache, daß diese im Jahr 1906 58 Millionen, 1907 63 Millionen und 1908 sogar 76 Millionen Gold mehr ein- als ausführten, während

1900—1905 ein Ausfuhrüberschuß von 11 Millionen Dollar ausgewiesen ist!

Welche Folgen hatte der Rückzug von 125 Millionen Dollar aus London für die englische Volkswirtschaft? — Auf jede Verminderung des Goldbestandes der Notenbanken müssen diese zwangsläufig bis zum zweieinhalbfachen Betrag in Noten einziehen. So hatte der Rückzug der 125 Morgan'schen Millionen aus der Bank von England zur Folge, daß viele englische Kredite schroff gekündigt und neue verweigert werden mußten. Der Angstzins der englischen Unternehmer stieg auf nie gesehene Höhe. Kaufleute wurden zu Tausenden ruiniert und Zehntausende von Arbeitern wurden arbeitslos.

Nachdem England diese Geldklemme hatte, galt die dortige Krediteinschränkung als genügende Entschuldigung für eine solche in den Vereinigten Staaten und die Kreditgeber schritten hier sofort dazu, ihre Darlehen zurückzuziehen und alle weitern Kredite einzustellen. Wir kennen seit dem Sommer 1931 diese Goldverknappungen und ihre Folgen.

Wie harmlos einige zünftige Nationalökonomen auf den Hochschulen diesen Dingen gegenüberstehen, zeigt der Einwand eines Dr. rer. pol., daß die Krise von 1907 doch nicht von Morgan aus kommen könne, da sie ja in London ihren Ausgangspunkt genommen hätte und nicht in New York! Es ist bezeichnend für die unpraktische Art vieler europäischer Volkswirtschaftsprofessoren, daß über die hier vorliegenden, gerichtlich und in den Kongreßverhandlungen bekannt gewordenen Tatsachen noch kein Werk eines Hochschuldozenten Auskunft gibt. Ohne die Arbeit von Privatgelehrten wären wir noch heute über die Ursachen der Krise von 1907/08 im Unklaren! Man versteht dies allerdings, wenn man vernimmt, wie z. B. die Hochschulen und die Kirchen Europas direkt und indirekt durch Rockefeller und Morgan unterstützt werden.

Wie führte Morgan in den Vereinigten Staaten jetzt den Geldrückzug durch? Darüber machte Senator La Follette, dessen Vater ein gebürtiger Schweizer aus Dézaley war, folgende Angaben: Morgan und die Standard-Oil-Company beherrschten die City-Banks of New York. Vor der Kreditsperre in London hatten die amerikanischen Notenbanken sehr viel Noten ausgegeben, bis zum 22. August 1907 täglich durchschnittlich 1,3 Millionen Dollar, und die Morgan-Banken lieferten hierzu einen größeren Betrag als irgend eine andere Bankgruppe. Vor dem 22. August 1907 hatten die Morgan-Banken zudem einen außergewöhnlich hohen Zinsfuß bezahlt. Dadurch war es ihnen gelungen, die Gelder der übrigen Banken anzulocken! Morgans Banken hatten am 22. August 1907 800 Millionen Dollar fremde Gelder in Verwahrung und von dieser Summe gehörten nicht weniger als 200 Millionen Dollar zu den «unantastbaren» Reserven anderer Banken. Morgan besaß also die Bargeldmittel seiner Konkurrenten. Wahrscheinlich gab er ihnen dafür Schuldscheine (Wechsel), die alle erst nach dem 22. August fällig waren. Bis zu diesem Datum hatte er also freie Verfügung über dieses Geld. Er setzte es wieder in Umlauf, aber diesmal so, daß dessen Hauptmasse vor dem zum Krache bestimmten 22. August 1907 wieder bei Morgan zur Rückzahlung fällig wurde. Sobald dieses Geld eingelaufen war, wurde es dem amerikanischen Schatzamt zurückgegeben. Es waren 260 Millionen Dollar. Arglos, wie staatliche Aemter oft sind, wurden die Noten zurückgenommen und konnten nicht wieder in den Verkehr gebracht werden, denn auch der amerikanische Staat hat, so wenig wie ein europäischer, das Recht, das Volk mit dem wichtigsten Verkehrsmittel, mit Geld, selber zu versorgen.

Um diese Noten ausgeben zu können, hatten Morgans Banken seinerzeit Staatspapiere hinterlegen müssen. Diese bekamen sie wieder, als sie die Noten

zurückbrachten. Selbstredend wurden sie auch noch gegen bar an der Börse verkauft und der Erlös dafür somit ebenfalls dem Verkehr entzogen! So hatte man 260 Millionen Dollar dem Schatzamt zurückzugeben, für 260 Millionen Dollar Staatspapiere erhalten, diese verkauft und den Erlös von 260 Millionen Dollar behielt man ebenfalls zurück. Das machte eine Verminderung des umlaufenden Geldes von zusammen 520 Millionen. Außerdem hatten Morgans Banken noch 40 Millionen Dollar ausgeliehen, die auch unmittelbar vor dem 22. August fällig wurden. So hatte die City-Banks of New York auf den 22. August 1907 insgesamt 1360 Millionen Dollar oder 7044,8 Millionen Franken aus dem Verkehr verschwinden lassen. Der gesamte Geldbestand der Vereinigten Staaten wird für 1907 von Stucki[4]) mit 9998 Millionen Franken angegeben.

So vorbereitet konnte Morgan ruhig mit der Uhr in der Hand die Stunde des Kraches erwarten. Natürlich hatte er alles, was er an Aktien besaß, vor dem 22. August ebenfalls zu hohen Preisen gegen Bargeld verkauft. Diese hohen Preise hatte er durch die vorhergehende, oben geschilderte große Geldvermehrung selber herbeigeführt, und gerade diese große Geldausgabe hatte die Spekulation begünstigt und die Preise gesteigert.

Morgan hatte die Klugheit besessen, auch noch die Presse zu seinen Zwecken zu benutzen. Er hat die Krise vorausgesagt und als dann an jenem 22. August wirklich Zahlungseinstellungen von Gesellschaften eintraten, die wohl eigens gegründet wurden, um Bankerott und Eindruck zu machen, da halfen Presse und Publikum getreulich mit: der übliche Bankensturm setzte ein. Die andern Banken wollten jetzt ihre Gelder aus Morgans Banken zurückbekommen. Doch die Morgan-Banken weigerten sich, diese Gelder zurückzugeben — solange die Panik anhalte —

[4]) Nationalökonomie, Bern, 1909.

dieselbe Panik, die sie gerade durch das Zurückhalten des Geldes verursacht hatten! Eine Bank in Indiana hatte z. B. eine große Summe in Schecks an eine Morgan-Bank zum Einzug geschickt. Die Bank erhob auch das Geld, weigerte sich aber, es der Bank in Indiana auszuzahlen! Eine ganze Reihe solcher Geschichten wurden erzählt.

Unter diesen Umständen war das Schicksal der Konkurrenzfirmen von Morgan besiegelt. Der gegnerische Trust, der, wie wir anfänglich gehört haben, Kredit erlangt hatte gegen Hinterlage seiner Aktien, erhielt natürlich die Kündigung für diese Kredite, sobald seine Aktien im Kurs zu sinken begannen und anderer Kredit war nirgends erhältlich. Seine Aktien gingen zu einem so geringen Kurs an Morgan über, daß Morgan bei der später einsetzenden Hochkonjunktur daran 670 Millionen Dollar gewann! Ebenso ging es allen andern Unternehmungen; worauf man früher eine Million Vorschuß bereitwillig bekommen hatte, waren bald nur noch 900, dann 800 und endlich nur noch 700,000 Dollar zu erhalten. Die Folge waren Nachschußforderungen der selbst bedrängten Banken gegenüber den Kreditnehmern, die Unmöglichkeit, diese Nachschüsse zu leisten, Zwangsverkäufe über Zwangsverkäufe und noch rascher sinkende Kurse. Am schlimmsten ging es der Heinze-Morse-Thomas-Gruppe. Nicht bloß wurde ihr Eigentum sozusagen konfisziert; der Bezirksanwalt der Vereinigten Staaten wurde gegen sie gehetzt. Er zeigte plötzlich auffallend amtlichen Eifer. Morse wurde vor Gericht gebracht und zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt. (13 wurden ihm später durch Taft geschenkt.)

Und nun fand man es an der Zeit, auf die Landesregierung selbst loszugehen. Morgan hatte im Jahre 1904 150,000 Dollar an die Wahlkosten von Roosevelt beigetragen. Man erzählt sich, daß Morgan Roosevelt mit einer weitern Reihe Bankerotte gedroht hätte, bis dieser seine Einwilli-

gung zu einer Abschwächung des Antitrust-Gesetzes gab. Ja, noch mehr! Die Gerichtshöfe gaben dem Antitrust-Gesetz eine Auslegung, die sich niemand hätte träumen lassen, als das Gesetz gemacht wurde. Die hochwürdigen Richter fanden nämlich heraus, die Arbeiterverbände seien Trusts, und sie erließen Vorladungen gegen sie mit der Begründung, daß sie Verschwörungen gegen das Antitrust-Gesetz darstellten!

Durch die Krise und ihre Folgen wurde das ganze amerikanische Volk gegen seinen Präsidenten gehetzt. Morgan sandte ihm zwei seiner Direktoren nach Washington und drohte ihm mit einer Panik. Es werde keine Bank in ganz Amerika geben, die sie nicht zwingen würden, ihre Zahlungen einzustellen. Der Präsident mußte gehorchen und «die Majestät des Staates und der Gesetze wurde in den Kot gestampft unter dem goldgepanzerten Fuß eines meineidigen Zuchthäuslers».

Jetzt konnten die Finanzleute daran gehen, die bis auf den untersten Punkt gesunkenen Aktien und Anteilscheine der Unternehmungen zusammenzukaufen. Morgans Agenten mögen damals arbeitsreiche Tage erlebt haben! Morgan kaufte nachweisbar an einem Tage 100,000 Stück Aktien, die er zum dreifach höheren Kurs vor 8 Monaten verkauft hatte!

Als er sich so verschafft hatte, was ihm begehrenswert schien, trat er als «Retter des Vaterlandes» hervor und verkündigte großartig den Wunsch, «die Spannung zu lösen». Der Finanzminister mußte jedoch den Morgan-Banken das Recht zu einer Notenausgabe von 30 Millionen Dollar in neuen Noten erteilen. So wurden die Mittel bereitgestellt, um die neue Preissteigerung durchzuführen. Am 24. Oktober 1907 wurden dann die ersten Darlehen ausgegeben, und zwar zu einem

Zinsfuße von 20 und mehr Prozent. Für diese «Tat» wurde Morgan gepriesen, wie man seinerzeit selbst Washington nicht gerühmt hatte.

So schrieb z. B. «Pearsons Magazine»: «Der schlichte Mr. Morgan, der frisch von den eintönigen Reden einer großen Versammlung der bischöflichen Kirche in Richmond kam, wurde plötzlich durch die Gefahr der finanziellen Lage zu einer Kundgebung von Mut, Stärke und persönlichem Herrschergeiste aufgerüttelt, durch welche Chaos und Verzweiflung in Ordnung und Vertrauen verwandelt wurden. (!) «Und es wirkte wie ein Roman, wenn man vergleichend sieht, wie der wackere, verschwiegene Bankier von siebzig Jahren sich aus der leidenschaftslosen Gesellschaft von Bischöfen und Priestern, deren Sinn auf religiöse Ideale gerichtet ist, zurückzieht, um das Kommando über die leidenschaftlichen, aufeinanderprallenden Geldkräfte von Wallstreet zu übernehmen, die aus bloßer Furcht wahnsinnig geworden waren — um der Vorkämpfer und Held derjenigen Elemente zu werden, denen der höchste Zynismus und Argwohn, die größte Verräterei, List, Grausamkeit, Anmaßung und Feigheit eigen waren.»

Wir entrüsten uns heute über diesen Journalismus. Ob mit Grund? Wir entnehmen einer Schweizer Zeitung folgende Stelle, die geschrieben wurde, als Morgan der Schweiz zu höheren Zinsen Geld entlehnte, als die Schweizer je verlangt und erhalten hatten: «Endlich glauben wir noch auf eines hinweisen zu sollen: auf die Bedeutung der Hauptemissionsstelle, auf Morgan & Co. Es ist das die größte amerikanische Bankgruppe, die mit riesigem Ansehen und fast unerschöpflichen Mitteln arbeiten kann. Das bewies auch die letzte Intervention zugunsten des französischen Frankens, die von dieser Bank geleitet wurde. Den Operationen, die Morgan vollzieht, ist der Erfolg sicher. Es kann für ein Land wie die Schweiz, das seinen Kredit pflegen muß, nicht gleichgültig

sein, wessen Vertrauen es genießt, ob einer schwachen oder kräftigen Gruppe. Um das Vertrauen Morgans beneidet uns manche Großmacht.» («Der Bund», Bern.)

Ob man uns heute noch um das Vertrauen Morgans beneidet?

Krisenfolgen.

Der Erfolg der Wirtschaftskrise von 1907 wird für Morgans Banken auf 3 Milliarden Dollar berechnet. Als «Nebenerscheinung» ging in den Jahren 1907 und 1908 infolge der gewaltigen Arbeitslosigkeit der Reichtum der Vereinigten Staaten um 30 Milliarden Dollar zurück, das ist das Achtfache des damaligen schweizerischen Volksvermögens.

Im Juni 1908 waren nach vorsichtiger Schätzung vielleicht 5 Millionen Arbeiter in den Vereinigten Staaten ohne Arbeit und konnten keine bekommen. Berichte der Wohltätigkeitsorganisationen aller Städte zeigten, daß sie alle von Obdach- und Arbeitslosen überfüllt waren. Ueberall herrschte Mangel, und Fälle von Hungertod bei Männern, Frauen und Kindern waren häufiger als die amtlichen Berichte aufzudecken wagten. Die Gefängnisse waren von Männern überfüllt, die, von der Arbeit vertrieben, für Landstreicher erklärt und verurteilt worden waren. Viele Obdachlose begingen absichtlich irgend eine Gesetzesübertretung, um ins Gefängnis gesteckt zu werden. Dort bekamen sie wenigstens Obdach und Nahrung. Viele Städte faßten den Plan, die Arbeitslosen vorsichtig zu vertreiben. Ueberall nahmen die Verbrechen zu; viele Arbeiter, zu äußerster Not getrieben, stahlen und wurden natürlich ins Gefängnis befördert. Die Sozialethische Liga der Stadt New York berichtet, daß im Zeitraum von sechs Monaten die Zahl der Verbrechen um 50 Prozent zugenommen habe. Ueberall herrschte Mangel und Hunger.

Wie es unter der Goldwährung zwangsläufig ge-

schehen muß, griff die Krise bald auf die andern Länder über. Warum das? Die Erklärung ist die folgende: Was wir an die Amerikaner zu bezahlen haben, bezahlen wir normalerweise in Wechsel auf Amerika. Diese Wechsel entstehen so, daß die Schweizer Banken die Wechsel kaufen, die die schweizerischen Ausfuhrhändler auf ihre amerikanischen Kunden oder deren Banken ausstellen. Diese Wechsel werden nach Amerika geschickt. Nun dauerte es auch 1907 nicht lange, so fanden die amerikanischen Banken, daß sie für diese Wechsel in Amerika kein Geld mehr bekommen konnten. Morgan schloß eben ein, was durch seine Kassen ging und die Folge war, daß die amerikanischen Banken bald keine Wechsel mehr annehmen wollten. In Europa wurden daher Bankwechsel auf New York knapp und folglich teuer: der Wechselkurs auf New York stieg. Die schweizerischen Banken taten daher gut, Gold nach Amerika zu senden, statt teure amerikanische Wechsel zu kaufen. So floß 1907 auch das Gold aus Europa ab. Die gleiche Erscheinung hatten wir im März 1924, als der Dollarkurs so hoch stand. Am 21. März 1924 wurde beispielsweise berichtet, daß in New York ungefähr 30 Millionen Franken in Gold aus der Schweiz angelangt seien.

Die Folge des Goldabflusses aus dem Lande bedeutet unter der Goldwährung, wie wir bereits gesehen haben, die Verminderung des Notenumlaufes und damit die Wirtschaftskrise im eigenen Lande.

Das ist in kurzen Zügen das Bild der Krise vom Jahre 1907 und Morgan ist jederzeit in der Lage, dieses Kunststück zu wiederholen. Nur ein Land, das die Goldwährung aufgegeben hat, kann sich aus den Schlingen dieses Würgengels befreien. Da aber die zünftige Nationalökonomie bisher keine vernünftige Geldpolitik aufgestellt hat und die Lehre vom Geld nur ein Haufen unverständlicher Phrasen und unentwirrbarer Widersprüche war, bis

Dr. Th. Christen in seinem leider immer noch zu wenig bekannten, epochemachenden Werke «Das Geldwesen ein dynamisches System», (Bern 1915, III. Aufl. Bern 1932, Fr. 1.50) sie abklärte, so konnte 1914 an die Stelle der Goldwährung nichts Vernünftiges treten.

J. P. Morgan des Aelteren Ende.

(1913.)

John Pierpont Morgan der Aeltere, der seine Laufbahn während des Bürgerkrieges mit dem Verkauf jener unbrauchbaren Flinten an die Unionsarmee begann, ist erfolgreich weitergeschritten, bis er zuletzt als finanzieller Koloß und als einer der tatsächlichen Herrscher des Landes alle andern überragte. Er beherrschte sogar die Moral vieler andern Leute, — warum nicht? — wie eine Unterbrechung der Oper «Salome» bei ihrer ersten Aufführung im Metropolitan Opera House zeigt, das er unterstützte. Wo er gab, gab er großzügig. So ließ er, als eine seiner Freundinnen ein Kind erwartete, gleich eine ganze Entbindungsanstalt bauen.

J. P. Morgan ist im Jahr 1913, im Alter von 76 Jahren — verhungert. Es war auf einer Winterreise in Aegypten, als sich die Anzeichen einer Magen- und Darmlähmung bemerkbar machten. Er, der einen Magen gehabt hatte, der Nägel vertragen konnte, der stets für zwei aß und trank und dreißig bis vierzig schwere Havannas täglich rauchte, konnte plötzlich nichts mehr verdauen. Schwach und immer schwächer werdend, wollte er in Karnak noch im Wagen durch die Säulenreihen des Ammon-Tempels fahren. Man gestattete es ihm nicht, wollte aber die Fahrt in einem Krankenwagen erlauben. Das aber wollte wiederum Morgan nicht, «denn», bemerkte er bitter, «wenn Wall Street erfährt, daß sich Morgan nicht mehr auf den Beinen halten kann, so werden die Kurse fallen und ich wünsche jetzt keine Baisse.»

Mit seiner Jacht «Corsair» fuhr er nach Rom; er wollte nicht unter Mohammedanern sterben. In der ewigen Stadt erlöste der Tod den sechsundsiebzigjährigen, nun ganz abgezehrten Mann nach einem mehrtägigen Todeskampf, am 31. März 1913.

J. P. Morgan der Jüngere, geb. 1867.

Man sagt, daß die Glieder der Familie Morgan im Ablauf dreier Generationen an Anmut gewonnen haben. J. P. Morgan der Aeltere (1873—1913) war wegen seiner durch Abszesse unförmlich aufgequollenen Nase die Zielscheibe der Karrikaturisten. Der heute lebende J. P. Morgan hat noch die riesige Statur des Vaters: er ist gut sechs Fuß hoch und wiegt fast 200 Pfund. Aeußerlich gleicht er seinem Vater und trägt auch, wie dieser, einen Schnurrbart, — aber gestutzt. Junius endlich, der bisher noch nicht hervorgetreten ist, ein schlanker, hochaufgeschossener, blonder Mann um die Dreißig, würde ganz gut in eine Gruppe sportbegeisterter Menschen hineinpassen.

J. P. Morgan «der Jüngere» zählt heute auch schon 66 Jahre. Er besuchte die Hochschule von St. Paul und Harvard und zeichnete sich, wie man hört, eigentlich durch nichts aus. Kaum hatte er die Universität verlassen, so heiratete er, erst 23 Jahre alt. (Seine Frau starb 1925 an der Schlafkrankheit.) Nach einer kurzen Lehrzeit bei seinem Vater wurde er nach London geschickt. Dort ist er noch verschlossener und unnahbarer geworden; er ist heute einer der einsamsten Menschen und sein Bekanntenkreis ist selbst unter den Geschäftsfreunden nicht groß. Jeder spricht über Morgan, aber niemand kennt ihn; er ist zu einem Mythos geworden. Hinzu kommt, daß sich die Reiselust seines Vaters auch auf ihn vererbt hat; er weilt höchstens 3—4 Monate des Jahres in New York. Gerne lebt er auf seinem Landsitz in der Nähe von London; zwei- oder dreimal residiert er auch in seinem Hause am Bois de Boulogne; am

liebsten aber kreuzt er mit seiner Jacht die Meere. Die Presse haßt er und weicht Berichterstattern und Photographen aus wo er kann. Das ist auch verständlich, denn die Hearstpresse hat ihn jahrelang selten anders als mit «Höllenhund der Plutokratie» und anderen ähnlichen Namen bezeichnet.

J. P. Morgan der jetzige ist nicht so abergläubisch wie sein Vater es gewesen ist, der auf die Schwelle seines Geschäftshauses, 23 Wallstreet, einen Drudenfuß anbringen ließ, der den Teufel und alle bösen Geister fernhalten sollte. Deshalb scheute er sich auch nicht, jahrelang mit 12 Mitarbeitern im Büro zu sitzen. «Christus mit den 12 Aposteln», nannte man die Dreizehn. Heute sind es vierzehn geworden, die mit ihm zusammenarbeiten: Parker Gilbert, der frühere Reparationsagent in Berlin und Junius Morgan sind neu hinzugekommen.

Die Arbeit bei Morgan, 23 Wallstreet, ist anders als man es sich wohl vorstellt. Das Haus ist im Verhältnis zu den andern Gebäuden klein, der ehemals weiße Marmor rauchgeschwärzt. Zwei Detektive bewachen den Eingang, denn im Kriege ist ein Revolverattentat auf Morgan versucht worden, und einige tiefe Schrammen im Marmor sind Spuren eines Bombenattentats aus der Wirtschaftskrise 1921. Die 900 Angestellten des Bankhauses J. P. Morgan & Co. sind zum größten Teil in einem Nachbargebäude untergebracht. So betreten nur ganz wenige das Gebäude, in dem die Direktoren mit dem Chef arbeiten.

Hier bietet sich allerdings dem Besucher ein befremdendes Bild: hinter einer Glaswand sitzen Vater, Sohn und die 14 Nothelfer wie in einem Schulzimmer in zwei Reihen hintereinander, an gleichen, schmalen Schreibtischen! Ganz hinten sitzt Vater John Pierpont, dann folgt Lamond, seine rechte Hand, dann Steatle etc. Die zweite Reihe wird von Junius Morgan begonnen. Ganz vorn in der Ecke endlich hat die jüngste Erwerbung des Hauses, Parker Gilbert, Platz genommen. Die Tische stehen

so dicht beieinander, daß die Besucher mit den Besuchten im Flüstertone sprechen müssen. Konferenzräume sind wohl im oberen Stock vorhanden; aber die Hauptarbeit des Tages wird doch hier erledigt. Von Zeit zu Zeit wird einer der an der Glastür wartenden Stenographen herbeigerufen; er nimmt ein Diktat auf und verschwindet wieder. Andere gehen zum Chef des Hauses und beraten sich halblaut mit ihm.

Morgan im Weltkrieg.

Was ist hier seit 1913, seit Vater Morgans Tod, alles ausgekocht worden? — Als Hauptgeschäfte sind zu nennen: die Finanzierung des Weltkrieges, die Wiedereinführung der Goldwährung und damit die Aufwertung der Staatsschulden, und die Gründung der B. I. Z. in Basel zwecks Verteidigung der Goldwährung.

Eröffnet wurde die Finanzierung des Weltkrieges durch eine 12 Millionen-Dollar-Anleihe an Rußland im Jahre 1914. Dann bildete Morgan ein Riesen-Syndikat von 2000 amerikanischen Banken; 1915 war es zustandegekommen und 500 Millionen Dollar standen zur Deckung der Kriegsausgaben für die Alliierten zur Verfügung. Ein Geschäft mit einem derartigen Einsatz durfte nicht mehr scheitern. Als die Kriegslage für die Verbündeten gefährlich schien, wurden die Vereinigten Staaten in den Krieg hineingezwungen. Es wird erzählt, daß das Haus Morgan sogar eine Biographie Wilsons schreiben ließ, die den (syphilitischen) Präsidenten in der Oeffentlichkeit erledigt hätte und daß sich Wilson unter dem Drucke dieses Angriffes zum Nachgeben zwingen ließ.

La Follette hat sich Morgans Kriegshetze entgegengestellt, aber die Angst um die im Kriege auf alliierter Seite eingesetzten Gelder bewog die Mehrheit des Kongresses, auf die Seite der Kriegsfreunde zu treten. 1923 berichteten amerikanische Lehrer auf

dem Internationalen Pädagogischen Kongreß in Territet, daß ihre jahrelange Arbeit für den Weltfrieden binnen wenigen Tagen und Wochen vernichtet worden sei. In den Schulbüchern wären vorher nie Geschichten zu finden gewesen, die andere Völker herabsetzten, die Kriegsgeschichte war aus den Schulen verbannt, der Unterricht auf Friedensarbeit eingestellt — kurz, was in pazifistischen Kreisen Europas als wichtige und erfolgreiche Friedensarbeit gelte, sei in den Vereinigten Staaten verwirklicht gewesen. Aber wie auf einen Schlag habe die ganze Friedenserziehung versagt und sei die Kriegsbegeisterung durchgebrochen. Gegenüber wirtschaftlich-finanziellen Erwägungen, vor der Furcht um den Verlust der bei den Alliierten ausgeliehenen Gelder war die ganze Erziehungsarbeit der amerikanischen Pädagogen wertlos geworden.

Man schätzt allein die Vermittlergebühren Morgans für die Anleihen an die Alliierten auf eine Milliarde Franken. Um diese Summen zu verdienen und um die in Europa ausgelegten Gelder zu retten, sind die amerikanischen Soldaten auf die europäischen Kriegsschauplätze geschickt worden.

Die englische Regierung ernannte J. P. Morgan zu ihrem offiziellen Agenten, der die Aufträge nach seinem Gutfinden verteilen durfte. Als England für seine indische Jute während des Krieges zu hohe Preise ansetzte, ließ Morgan die Engländer wissen, daß er ihnen künftig kein Silber zugehen lassen würde — und der Inder arbeitet nur für Silber. Weder Gold noch Papier nimmt er gerne. Und England gab nach und setzte den Jutepreis herab, damit der Handel mit Indien nicht lahmgelegt werde.

Für seine Finanzierung des Krieges ist J. P. Morgan später Ehrendoktor von Cambridge geworden und der König von England empfing den neuen Dr. h. c. persönlich im Buckingham-Palast. Von Frankreich hat er das Band der Ehrenlegion erhalten.

Morgan, Dr. Schacht und die Einführung der Goldwährung in Deutschland.

Die Bewertung der Währung eines Landes im Auslande hängt weder vom Stoff des Geldes noch von seiner Golddeckung ab. Die schwedische Papierkrone galt von 1916 ab lange Zeit mehr als der entsprechende Nennwert in Gold und für eine schweizerische Note von 20 Fr. zahlte man z. B. im März 1922 auf der ganzen Welt weit mehr als für ein Goldstück von 20 Fr. Im Geld eines Landes zahlt man seine Kaufkraft — das ist das Grundgesetz für den Wechselkurs eines jeden Landes.

Als 1923 anstelle von 4,2 Billionen Papiermark eine Rentenmark ausgegeben wurde, hatte sie keine Golddeckung, nahm aber ständig an Kaufkraft zu. Dr. Schacht aber sprach im In- und Ausland gegen dieses nicht mit Gold gedeckte Papiergeld und brachte es schließlich fertig, daß Deutschland von Dawes, der heute in die Morgan-Bestechungsaffäre verwickelt ist, 800 Millionen Mark geliehen erhielt. Seit jenem Jahre gilt Dr. Schacht als der Agent Morgans in Deutschland.

J. P. Morgan und Frankreich.

Das stille Geschäft der Aufwertung aller Guthaben der Hochfinanz bei den Völkern wurde 1924 durch das etwas geräuschvollere Geschäft mit dem französischen Franken abgelöst.

Der Aufwertung des Dollars und des Pfundes mußte eine verhältnismäßige Entwertung des Francs-Kurses entsprechen, weil dessen Kaufkraft nicht stieg. Der Franc zeigte daher ein stetiges Sinken. Da glaubten die Spekulanten, daß ihm das gleiche Schicksal beschieden sei wie der Mark 1923.

Morgan erkannte bald, daß die Finanzlage Frankreichs durchaus gesund war. Darauf begründete er seinen Plan. Eine mit ihm verbundene Firma, Morgan, Harwood & Co., verbreitete ein Zirkular fol-

genden Inhalts, vornehmlich unter den Deutschen und den deutschfreundlichen Kreisen der Vereinigten Staaten:

«Die Zeit ist für alle Deutschen gekommen, die Verluste, die sie am Fall der Mark erlitten haben, wettzumachen und darüber hinaus etwas Tatsächliches zur Verbesserung der beklagenswerten deutschen Verhältnisse zu tun. Der französische Franc ist auf dem gleichen Wege wie die Mark, alle Umstände stempeln diese Tatsache zur absoluten Gewißheit. Verkauft Francs auf Termin, d. h. verkauft Francs zu einem späteren Lieferungstermin und drückt den Wert des Francs herab. Sie werden imstande sein, Francs zu 1 Cent zurückzukaufen, und für die jetzt zu 5,5 Cents verkauften Francs zu liefern. Unsere Firma führt diese Verkäufe mit 25prozentiger Deckung aus. Der verminderte Wert des Francs wird die Kosten der Ruhrbesetzung bedeutend vergrößern, die finanzielle Situation Frankreichs untergraben und dieses zwingen, infolge seiner wirtschaftlichen Schwäche die Ruhr zu räumen. Durch den Verkauf von Francs drücken Sie deren Wert herunter und beschleunigen das Ende des Ruhrkampfes. Die heroische Bevölkerung des Ruhrgebiets lechzt nach dieser Hilfe, Sie können ihr helfen und sich dabei bereichern.»

Diesen Rat befolgte die Spekulation der ganzen Welt. Es wurde «leer gekauft» oder «gefixt», d. h. man verkaufte Francs, die man noch gar nicht besaß, lieferbar auf einen späteren Zeitpunkt, und dann kaufte man sie später billiger ein als man sie verkauft hatte und lieferte sie ab. Gleichzeitig begannen die großen Firmen aller Länder, riesige Verkäufe in Paris vorzunehmen, auf Francs lautend. Beim Fälligwerden der Rechnungsbeträge in Francs hofften sie diese ebenfalls billig zu erwerben und so ein gutes Geschäft zu machen, wie seinerzeit an den Lieferungen Deutschlands.

Im Januar und Februar 1924 wurden die Erwartungen der Spekulanten wirklich erfüllt. Sie erhielten die Francs immer billiger als sie sie verkauft hatten und verdienten daher. Das gab Mut. Neue Terminverkäufe wurden abgeschlossen — der Appetit kam mit dem Essen! — bis schließlich Morgan fand, jetzt seien genug ins Garn gegangen!

Poincaré hatte unterdessen mit steigender Besorgnis das Sinken des Francs verfolgt. Er wußte, wie sich später heraus stellte, nicht, daß Morgan, Harwood & Co. bloß der Deckname für den Mitspieler J. P. Morgans war, sondern glaubte, es handle sich um eine dem Hause Morgan feindliche Firma.

Unterdessen ließ sich J. P. Morgan noch weiter an allen Hauptbörsen riesige Beträge von Francs «anfixen», ohne daß die Verkäufer merkten, wer eigentlich hinter den Käufern stand. Als er die Ernte als gesichert betrachten konnte und Poincaré beinahe den Mut sinken ließ, anerbot er sich, der französischen Regierung 100 Millionen Dollar «zur Stützung des Francs» zu leihen. Gleichzeitig machte er die letzten Käufe in aller Oeffentlichkeit — und der Franc stieg — stieg — stieg — von 19 auf 20, auf 22 —, dann setzte das Zutrauen ein und die Horde derjenigen, die jetzt vom Steigen des Francs profitieren wollten, trieb ihn schließlich bis auf 31 hinauf. Die Francs, die Morgan für 19—22 gekauft hatte, verkaufte er nun für 31. Der Gewinn des Morgankonzerns ist damals auf 114 Millionen Schweizerfranken berechnet worden.

Als damals Poincaré von uns auf die Wühlarbeit Morgans aufmerksam gemacht wurde, antwortete er uns:

«Sehr geehrter Herr!

Ich habe das Zirkular, von dem Sie sprechen, selber in der Kammer verlesen. Aber die Bank Morgan, Harwood & Co. ist als deutschfreundlich bekannt und hat keinerlei Verbindung mit der Morganbank, deren Vertreter nach London berufen worden ist. Ihre Darstellung beruht daher auf einem sachlichen Irrtum.»

Aber auf eine Anfrage bei einem bekannten New Yorker Rechtsanwalt erfolgte sofort die Antwort: «Morgan, Harwood & Co. sind die europäische, germanophile Filiale von J. P. Morgan. Das ist eine hier allgemein bekannte Tatsache.»

Vermutlich trifft diese Bemerkung nur für die Kreise zu, in denen dieser Advokat verkehrt. Die breite Oeffentlichkeit — zu der in diesem Fall ganz Frankreich gehört — Poincaré inbegriffen — wußte das nicht. Poincaré spricht ausdrücklich von einer als germanophil bekannten Bank. Das ist ganz natürlich: J. P. Morgan «arbeitet» auf der Seite der Franzosen und Morgan, Harwood & Co. treiben auf der deutschen Seite die Fische ins Garn. So geht nichts verloren und in New York sind die «feindlichen» Brüder immer auf dem Laufenden darüber, was die Gegenseite etwa unternehmen möchte. Auf diese Weise läßt sich die Valutaschaukel ebenso fruchtbringend in Bewegung setzen wie wir es früher von der Schaukel Ware-Geld erfahren haben.

Es ist sogar ziemlich sicher, daß Poincaré jenes Zirkular von Morgan, Harwood & Co. ebenso früh in den Händen hatte wie die Deutschamerikaner. J. P. Morgan selber ließ es ihm wohl übergeben, um ihm zu zeigen — wie gegen den französischen Franken gearbeitet werde! Und dabei wird er Poincaré den Bären von der germanophilen Bank aufgebunden haben, die mit ihm keinerlei Beziehungen hätte. Durch die Uebergabe dieses Schriftstückes an Poincaré durch Morgans Vertreter selber fiel natürlich der Verdacht gegen J. P. Morgan außer Betracht. Poincaré verwendete das Zirkular in einer Weise, die Morgan vermutlich vorausgesehen hat. Möglicherweise ließ er ihn durch die Art der Uebermittlung darauf führen — kurz, das Vorlesen des Rundschreibens in der Kammer bewirkte, daß allgemein der Eindruck entstand, gegen den Franken hätten sich starke und einflußreiche Kräfte verschworen.

Wie wir eben gesehen haben, wurde die so erzeugte Mutlosigkeit des französischen Volkes dann in glänzender Weise von Morgan ausgebeutet. Gebessert wurde in der Finanzlage Frankreichs dadurch natürlich nichts. Kann sich Frankreich nicht

selber helfen, so wird es, wie Deutschland, dem Aasgeier Morgan zur Beute fallen.[5])

Morgan und das schweizerische 30 Millionen-Dollar-Anleihen von 1924.

Der schweizerische Bundesrat J. M. Musy, der Vorsteher des Eidgenössischen Finanzdepartements, hat eine sehr dürftige Einsicht in die Zusammenhänge zwischen Währung und Valuta. Er weiß z. B. nicht, daß die Valuta eines Landes letzten Endes und auf die Dauer durch die Kaufkraft dieses Geldes im Landesinnern bestimmt wird, und daß diese Kaufkraft wiederum das Ergebnis des Verhältnisses zwischen umlaufender Geldmenge einerseits und anderseits der angebotenen Warenmenge ist, sondern er hegt vielmehr die befremdliche Ansicht, daß das Schicksal des Schweizerfrankens mit dem des französischen Frankens irgendwie verbunden sei — eine Meinung, die jeder vernünftigen Ueberlegung Hohn spricht. «Nos intérêts au point de vue dévise sont liés aux siens», sagte er im Nationalrat. (S. 342 des Protokolls vom 2. April 1924.) Warum und wieso ist rein unerfindlich.

Als nun 1924 der französische Franken ins Sinken kam, wurden an vielen Orten Schweizerwerte angeboten, da die Schweizerpreise langsam ins Steigen gekommen waren und dies immer als ein Zeichen einer kommenden Inflation betrachtet und mit dem Verkauf dieser inflationierten Werte beantwortet wird. Aber eine Gefahr war keineswegs vorhanden, der Index begann vom März ab sofort wieder zu sinken. Möglicherweise, ja sogar höchst wahrscheinlich hat Morgan diese rückläufige Bewegung des Schweizerfrankens noch gewaltsam unterstützt, um

---

[5]) Diese Voraussage von 1924 hat sich nachher erfüllt: der Franken sank von 31 auf beinahe 10 herab trotz der «Hülfe» von Morgans Millionen. Erst die Stabilisierung des Inlandspreisstands einerseits und die Beendigung der Deflation in den andern Ländern von 1926 bis 1929 hat ihn gefestigt.

auch mit der Schweiz ein Geschäft zu machen.

«Am 31. März» — wir folgen hier genau der Darstellung, die Bundesrat Musy selber im Nationalrat gab — «erschien der Vertreter der Bank Morgan im Finanzdepartement, um 3 Uhr nachmittags, mit einem Angebot, das gültig war bis 5 Uhr. Ich habe ihm erwidert, daß das eine Methode sei, die sehr amerikanisch anmute, und daß wir daran nicht gewöhnt wären. Ich wollte Zeit haben, um die Ansicht von Leuten zu hören, mit denen ich darüber sprechen wolle. — Der Vertreter der Bank Morgan erwiderte mir, daß er das sehr gut begriffe, aber daß er Auftrag habe, mir zu sagen, daß das Angebot nur bis 5 Uhr gelte. Wenn aus diesem oder jenem Grunde bis 5 Uhr keine Antwort eingetroffen sei, sei das Angebot nicht mehr gültig.»

Auf diese Unverschämtheit hin setzten sich die sieben Bundesräte zusammen und beschlossen einstimmig, ein Anleihen von 30 Millionen Dollar zur Stützung des Frankens aufzunehmen — des Frankens, der dieser Stützung in keiner Weise bedurfte!

Auf diese Weise kam das Dollaranleihen von 1924 zustande. Der Bundesrat hätte eine Stunde später — Montags um 6 Uhr — die Nationalräte beieinander gehabt; er hätte die Finanzkommission fragen können, wie es sich auch geschickt hätte — aber Morgan hat seine Zeit so angesetzt, daß erst eine Stunde später, als seine bestimmte Zeit verstrichen war, die Räte im Bundeshaus eintrafen!

Der Uebernahmekurs wurde in der ersten Bekanntmachung nicht genannt, obschon es sich um ein öffentliches Staatsanleihen handelte. In der «Neuen Zürcher Zeitung» (Nr. 494 vom 3. April 1924) erschien eine Einsendung, die folgende Sätze enthielt: «Die Garantie- und Vermittlungskommission für dieses Anleihen darf sich offenbar weniger sehen lassen als bei inländischen Geschäften . . . Wir gehen kaum fehl in der Annahme, daß sie mehr als

das Doppelte beträgt. Das Geld kommt also den Bund auf 5¾ % zu stehen gegen knapp 5¼ % beim letzten schweizerischen Anleihen. Das macht während 30 Jahren eine Mehrausgabe von etwa 150 000 Dollar per Jahr, also etwa 800 000 Franken. Es ist für den schweizerischen Kapitalisten, der seine Ersparnisse mit Vorliebe zur Zeichnung von Bundesanleihen reserviert, peinlich zu sehen, wieviel glänzendere Bedingungen dem ausländischen Geldgeber bewilligt werden, der die Einnahmen, die er aus den Bundestiteln bezieht, nicht in der Schweiz versteuert.»

Es ergab sich dann tatsächlich folgender Unterschied zwischen der kurz vorher aufgenommenen Bundesbahnanleihe und der Morgananleihe: Die Schweizer Geldgeber erhielten 5% bei einem Kurs von 98½ und einer Garantiekommissionsgebühr von 1½%. Morgan erhielt 5½% bei einem Kurs von 97 und einer Garantiekommission von 3½% (!), wozu noch die Kommission für die Vermittlung kam . . .

Die «Neue Zürcher Zeitung» (Nr. 525 vom 9. April 1924), die diesen Vergleich macht, kommt zum Schlusse, daß man Morgan 5,64% während 22 Jahren, eventuell 10 Jahren, und 2½% Disagio zahlt, während die Schweizer nur 5,08% während 12 Jahren und 1¾% Disagio bekommen.

Wenn man diese Dinge im Zusammenhang betrachtet, so erhält man den bestimmten Eindruck, daß Bundesrat Musy damals durch den Abgesandten Morgans in diesen Handel hineingesprengt worden ist, nachdem man den Boden dafür durch das Senken des Schweizer Kurses im Ausland vorbereitet hatte. Die Garantiekommissionsgebühren brachten ihm bei diesem Handel 5¼ Millionen Franken ein; über Uebernahmkurs war aus den Zeitungen überhaupt nie etwas zu erfahren!

Ekelhaft war die Rühmerei, die bei dieser Gelegenheit über Morgan aus dem Bundeshause verbreitet wurde. Eine Probe davon haben wir schon früher mitgeteilt. Auch in der «Neuen Zürcher Zei-

tung» wurde in ähnlicher Weise gerühmt, daß wir bei der Auswahl unserer Geldgeber vorsichtig sein müßten und in Morgan eine ganz erstklassige Figur gefunden hätten, auf die wir stolz sein dürften!

Morgan und die «jüdische Weltherrschaft».

In den letzten Jahren bemerkte man ein starkes Anwachsen der antisemitischen Bewegung. Nicht zum wenigsten ist dies der großen Verbreitung des Buches: «Der internationale Jude», herausgegeben von Henry Ford, zuzuschreiben, sowie auch den «zionistischen Protokollen», die noch immer fleißig gelesen werden.

Die antisemitische Bewegung setzt immer dann ein, wenn die Wirtschaftslage eines Volkes sich verschlimmert. Sie ist eine der bezeichnendsten Folgen andauernder Wirtschaftskrisen. In dem Bericht der Silberkommission der deutschen Regierung vom Jahr 1894 findet sich schon die Bemerkung, daß in den letzten Jahren die antisemitische Bewegung durch die Krise einen starken Ansporn erhalten habe. Jeder sucht eben einen Sündenbock, und da die Juden sehr regsam sind, so werden sie im Wettbewerb in Krisenzeiten besonders gefährlich. Die Kondukteure der Schweizerischen Bundesbahnen pflegen zu sagen: «Im ersten Morgenzug kommt der Jude, im zweiten der Deutsche und im dritten der Schweizer.»

In dem oben angeführten Buche von Ford finden wir (S. 199 I. Bd.) folgende Ausführungen: «Der jüdische Kapitalismus hat der Welt von neuem die angebliche Unentbehrlichkeit des Goldes gezeigt. Die jüdische Macht beruht auf dem Truge, daß Gold gleich Reichtum sei. Durch die vorsätzliche Plumpheit des bolschewistischen Geldsystems hat sich die gedankenlose Welt noch fester einreden lassen, daß Gold unentbehrlich sei und dieser Wahn verleiht dem jüdischen Kapitalismus eine erhöhte Macht über die nichtjüdische Welt. Wenn der Bolschewismus ehrlich antikapitalistisch gewesen wäre, so hätte er

dem jüdischen Kapitalismus den Todesstoß versetzen können. Aber nein — das Gold sitzt noch immer auf dem Throne. Man zerstöre den Wahn, daß Gold unentbehrlich ist — und die jüdischen internationalen Geldmächtigen sitzen verlassen und verloren auf Haufen nutzlosen Metalls.»

Man kann ruhig überall das Wort «jüdisch» weglassen und kommt der Wahrheit damit nur näher. Die größten Freunde und Vertreter der Goldwährung in Deutschland, in der Schweiz, in Amerika waren keine Juden: Helfferich, Stinnes, Kellenberger, Bachmann, Morgan, Rockefeller und Schacht. Es geht einfach nicht an, zu verallgemeinern. Wer das bekämpfen will, was man heute als «Jude» im übeln Sinn dieses Wortes bezeichnet, der bekämpfe die Goldwährung. Er wird dabei bald merken, daß er weit über Israel hinaus Elemente vor den Kopf stößt, auf die die Bezeichnung «Jude» weit eher paßt als auf viele, die nach Rasse und Religion «Juden» sind!

Mit Recht schrieb im August 1923 ein Mitarbeiter der «Freiwirtschaftlichen Zeitung»: «Die Missetaten der Hochfinanz gliedern sich nicht in christliche und jüdische; es ist unterschiedslos der Sieg des Mammonismus über die Menschenseele. Ford hat Unrecht, einen Sündenbock zu konstruieren. Nicht die Juden sind zu bekämpfen, sondern das Machtmittel, das in jüdischen und christlichen Händen seit Jahrtausenden namenloses Unglück anrichtet.»

Dieses Machtmittel aber ist die Goldwährung.

Daß dem so ist und daß dieses Machtmittel als solches schon in den Sechzigerjahren erkannt worden ist, geht aus den sogenannten «Protokollen der Weisen von Zion» hervor. Diese sind — entgegen den landläufigen Ansichten — zu einem großen Teil die Uebersetzung einer Spottschrift gegen Napoleon III., und zwar aus dem Jahre 1864. Der Russe Nilus hat diese überarbeitet, 1905 ins Russische übersetzt und dann wurde sie durch eine neue

Uebersetzung den deutschsprechenden Kreisen zugänglich gemacht. In diesen «Protokollen» finden wir klar und deutlich dargelegt, daß durch die Goldwährung die Völker in die Abhängigkeit von der Hochfinanz (den Goldlieferanten) kommen, wobei man also nicht vergessen darf, daß dieser Vorwurf nicht an die Juden, sondern an Napoleon und seinen Kreis gerichtet wurde. Wo in jener Schmähschrift aus dem Jahre 1864 «Napoleon» gemeint wurde, setzte Nilus einfach hin: «Die Juden»!!

Maurice Joly, der Verfasser der Schrift gegen Napoleon III., scheint die Werke von Proudhon (gest. 1865) gekannt zu haben, der über diese Geldfragen überaus gut unterrichtet gewesen ist — weit besser als wir es etwa 1920 waren. So schrieb Joly unter anderem: «Um unsere Gegner zu schädigen, haben wir umfangreiche Stockungen (Krisen) im Wirtschaftsleben hervorgerufen. Wir bedienten uns dabei des einfachen Mittels, alles erreichbare Geld aus dem Verkehr zu ziehen.» Und an anderer Stelle: «Wirtschaftskrisen zur Schädigung der Gegner haben wir lediglich durch Zurückziehung des Geldes aus dem Umlauf hervorgerufen.»

Das deckt sich vollständig mit der Krisen- und Geldtheorie von Proudhon, die er anfangs der Vierzigerjahre entwickelt hatte. In Proudhons Werken stehen jene Sätze, die wir heute — endlich — wieder in ihrer Tragweite erkennen, wie z. B.: «das Gold ist ein Riegel des Marktes und nicht ein Schlüssel», oder: «das Monopol der Edelmetalle bedeutet das Elend der Produzenten».

Die Goldwährung bringt an sich Krisen hervor, es liegt in ihr und nicht an den Personen, daß Absatzstockung und Arbeitslosigkeit eintreten. Es ist verwerflich, die Schuld an der Krise einzelnen Personen zuzuschieben, solange wir die Goldwährung haben. Aber eines ist zu sagen: Wer erkannt haben muß, daß die Goldwährung

die Krisen verursacht, und trotzdem nicht daran arbeitet, sie durch eine bessere Währung zu ersetzen, der ist mitschuldig an der Krise, solange er die krisenerzeugende Goldwährung nicht bekämpft.

Im übrigen verweisen wir in Bezug auf die Judenfrage auf das grundlegende Werk von C. A. Loosli: «Die schlimmen Juden».[6]) Dort finden wir auch eine interessante Zusammenstellung der reichsten Leute der Welt. Erst der Dreizehnte unter ihnen, nämlich Alfred Löwenstein, ist ein Jude. Morgan ist nicht bloß kein Jude, sondern im Gegenteil ein ziemlich tätiger und verbissener — Antisemit!

Morgan erledigt La Follette.

Bei der amerikanischen Präsidentenwahl am 4. November 1924 wurde der republikanische Kandidat Calvin Coolidge mit dem bisher noch nicht dagewesenen Votum von fünfzehn Millionen Stimmen und einer ebenfalls noch nie dagewesenen Mehrheit von nahezu zehn Millionen zum Präsidenten der Vereinigten Staaten gewählt.

Dieses Wahlergebnis hat teils überrascht, teils aber — und besonders im Ausland — den Eindruck hervorgerufen, als ob das amerikanische Volk sich durch einen gewaltigen «Landrutsch» für die republikanische Partei entschieden habe.

Wer aber einigermaßen mit den Verhältnissen vertraut ist, wer Kenntnis hat von der wahren Stimmung des Volkes über die unerhörte Korruption, welche gerade unter der republikanischen Verwaltung groß geworden ist; wer die schamlosen Unredlichkeiten einiger Kabinettsmitglieder der Harding-Coolidge-Administration kennt, unter deren Amtierung Millionen vom Nationalvermögen veruntreut wurden, was zum zwangsweisen Rücktritt

[6]) Pestalozzi-Fellenberg-Haus, Bern, 1927. Fr. 3.50.

zweier Minister und zum gerichtlichen Verfahren gegen eine Anzahl Teilnehmer an diesen Diebstählen führte; wer Kenntnis hat von jenen Skandalen, die auf republikanischem Boden so ausgezeichnet gedeihen und gegen die kein Staatsanwalt auftritt, der wird sich unmöglich zu dem Glauben bekennen können, das amerikanische Volk habe an jenem 4. November bei der Präsidentenwahl nach freiem Ermessen und in bester Ueberzeugung gehandelt, schreibt Fred. R. Minuth. Und er fährt fort:

Der Unwille im Volk über so viel Ehrlosigkeit, Mißwirtschaft und Untreue in den Reihen der Beamten und Führer der republikanischen Partei, insonderheit während der letzten Jahre, drohte dieser Partei bei der Präsidentenwahl vielmehr eine vernichtende Niederlage zu bereiten. Der Bundessenator Robert La Follette hatte von jeher Stellung genommen gegen Volksbetrug in irgend einer Form; nunmehr sagte er den Trusts — in erster Linie dem Goldtrust, an dessen Spitze J. Pierpont Morgan steht — offen Fehde an, und das arbeitende Volk — das sind etwa 75 Prozent der amerikanischen Bevölkerung — erkor ihn zu seinem Präsidentschafts-Kandidaten.

Zuerst lachten die Gegner über La Follette. Als seine Gefolgschaft aber anzuwachsen begann, bekam man es im Lager der Trustbarone mit der Angst und traf seine Maßnahmen. Diese sind einerseits bezeichnend für die Größe der Furcht vor La Follette, anderseits lassen sie keinen Zweifel darüber aufkommen, daß der einstige Trustmagnat Morgan sich zum Diktator Morgan gewandelt hat!

In dem Augenblick der Erkenntnis, daß La Follette sich zur ernstlichen Gefahr für die Trusts zu entwickeln scheine, gab Wallstreet die Parole aus: «Wählt Coolidge oder verhungert!»

Gleichzeitig wurden die industriellen, finanziellen und kommerziellen Betriebe des Landes mobilisiert

und gewaltige Summen flossen dem republikanischen Zentral-Komitee zu. Man sprach von fünfzehn Millionen Dollar. Diese mehr zwangsweise als freiwillige Beisteuer zum Wahlfonds ging so sehr über das Maß des Erlaubten hinaus, daß darüber eine Untersuchung seitens des Kongresses eingeleitet wurde, die aber im Sande verlief. — In zahlreichen Werkstätten des Landes wurden ferner Bekanntmachungen angeschlagen, in denen es hieß, daß am Mittwoch den 5. November nur Werkmeister und Vorarbeiter zur Arbeit zu erscheinen hätten; die Arbeiter dürften jedoch nur kommen, wenn Coolidge zum Präsidenten erwählt worden sei, sei er nicht gewählt, so müßten die Betriebe geschlossen werden. Den Fabrikanten des Landes wurden große und profitreiche Aufträge erteilt, welche die Klausel enthielten, daß der Auftrag automatisch widerrufen sei, wenn Coolidge nicht zum Präsidenten erwählt werden sollte. Den Farmern wurde von den Banken die vertrauliche Mitteilung gemacht, daß sie weder auf Hypothekendarlehen noch irgendwelche anderweitige Kredite zu rechnen hätten, falls Coolidge nicht zum Präsidenten erwählt werden sollte. — Den unabhängigen kleinen Geschäftsleuten wurde ebenfalls mitgeteilt, daß alle Räder still stehen würden, sofern Coolidge nicht zum Präsidenten erwählt werde.

Diese Drohungen blieben nicht ohne Wirkung: die bleiche Angst fuhr den Besitzlosen ins Gebein; denn der großen Mehrzahl der Lohnarbeiter und kleinen Leute war die von den Finanzpiraten heraufbeschworene Panik und Hungerperiode von 1907 noch in klarer Erinnerung. — (So schreibt Fred. R. Minuth.)

So wurde Calvin Coolidge unter der Devise: «Bewahrt eure Familien vor dem Verderben und wählt, wie euch befohlen wurde!» mit einem Votum von fünfzehn Millionen Stimmen zum Präsidenten der

Vereinigten Staaten erkoren. Man rede dabei aber nicht von einem «republikanischen Landrutsch«!

Auf diese Weise kam Coolidge an die Spitze der Vereinigten Staaten und wurde La Follette erledigt, derselbe La Follette, der 1912 die Krise von 1907 im Senat zur Sprache gebracht und Morgan, den angeblichen «Retter des Vaterlandes», an den Pranger gestellt hatte.

Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (B. I. Z.).

Die Bezahlung der Kriegskosten und der Kriegsschäden (Reparationen) konnte nur durch Ueberführung des Besitzrechtes an deutschen Sachgütern in den Besitz der Sieger erfolgen. Denn wollte man den Ertrag des Kapitals in Deutschland besteuern — den Zins, die Dividenden —, so hätte sofort die Kapitalflucht eingesetzt und das Land wäre verarmt. Wollte man auf den Lohn greifen, so wären die Arbeitenden nach und nach ausgewandert und der Schrecken der Arbeitenden in andern Ländern geworden. Und griff man auf die Grundrente, so blieb das Ergebnis das gleiche, denn der Grundrentner hätte seinerseits die Arbeitenden und den Kapitalsertrag angegriffen, da Kapital und Arbeit den Boden als unentratbare Voraussetzung ihrer Tätigkeit brauchen. Aber gerade diese einzige Möglichkeit ergriffen die Siegerstaaten nicht: es erfolgte keine allgemeine Vermögensabgabe in Deutschland, keine Uebergabe des Kapitals an die Sieger, sondern man versuchte, die Zahlungen auf die Betriebe und die Arbeitenden zu legen! Das war der Anfang vom Ende der Reparationen.

Silvio Gesell und Dr. Th. Christen hatten seinerzeit versucht, den Plan zu einer allgemeinen Vermögensabgabe und Uebergabe des deutschen Privatvermögens in Form einer Hypothekarbelastung an die Siegerstaaten durchzuführen. (Siehe darüber

in Gesell: «Die Diktatur der Not» und «Die Freiwirtschaft vor Gericht».) Wäre dieser Plan in seiner Tragweite seinerzeit von einem fähigen deutschen Staatsmann angenommen und durchgeführt worden, was kurz nach Friedensschluß durchaus möglich gewesen wäre, so stünde heute Deutschland an der Spitze der europäischen Völker. Gesells Plan war, kurzgefaßt, die Uebergabe des deutschen Besitzes in Form einer Hypothek auf den deutschen Besitz an Häusern, Fabriken, Werkstätten, Maschinen, Verkehrsanlagen usw. usw. an die Feindstaaten, und zwar so, daß damit die gesamten Kriegsschulden, auch die Deutschlands, gedeckt worden wären. Dann hätte jeder Deutsche gewußt, wie wenig er noch hatte, er hätte aber auch Sicherheit für den künftigen Erwerb gehabt! Das wäre ein ganz anderes Arbeiten geworden als wie man es nun seit 1919 in Deutschland kannte: wo ein gefräßiger Bürokratenapparat ständig wachsende Teile des Neuerworbenen an sich riß und wo man nie wußte, ob man von seinem Arbeitsertrag noch etwas übrigbehalten würde oder nicht. Die riesigen Summen an deutschen Hypotheken in den Händen der Siegerstaaten hätten für diese nur dann Wert behalten, wenn der Zinsertrag regelmäßig geflossen wäre — und das wäre wiederum nur möglich gewesen, wenn die Franzosen, Engländer usw. die Warenlieferungen der Deutschen über ihre Grenzen gelassen hätten. Sobald das nicht geschehen wäre, hätte eine starke Entwertung dieser Papiere eingesetzt und dann wäre es den Deutschen leicht gewesen, die entwerteten Papiere zurückzuerwerben und sich so zu entschulden.

Dieser Gesell'sche Plan war der einzig mögliche Aufbau-Plan für Deutschland. Die Versuche, die Reparationen aus dem Zins- oder aus dem Arbeitsertrag zu zahlen, mußten schlechterdings an der Natur von Zins und Lohn scheitern. Der Versuch endlich, überhaupt nicht zu zahlen, hat seither Deutschland mehr gekostet — an Arbeitsmöglich-

keiten und an innerer Ruhe — als die ganzen Reparationen zusammengenommen.

Mit kundigem Blicke erfaßte Morgan die Lage. Er sah, daß die Reparationen auf dem geplanten Wege nicht aufzubringen waren. Darum mußte man weniger das widerspenstige Deutschland als vielmehr die ahnungslosen Privaten und die Neutralen in den Reparationskarren einspannen. Das Mittel dazu war «die Kommerzialisierung der deutschen Schuld». Auf gut deutsch heißt das: man muß die Reparationsschuld in Obligationen umwandeln, die man an Privatleute verkaufen kann. Dann mögen diese zusehen, wie sie das Geld aus Deutschland herauskriegen. Sie kaufen uns die Schuldtitel auf Deutschland ab und wir haben das Geld — sie mögen dann sehen, ob Deutschland seine Schulden zahlt oder nicht. Wir sind dann auf alle Fälle gesichert, denn wir haben das gute Geld der Privaten bekommen. Und soweit wir selbst hängen bleiben, haben wir an den Privaten und Neutralen Bundesgenossen gegen das widerspenstige Deutschland. Je breiter die Front der Gläubiger Deutschlands wird, desto besser für unsere Forderungen. Spannen wir die Neutralen auch noch vor, damit wir umso stärker sind!

Weder Motta noch Musy haben diesen Handel durchschaut, obschon in der freiwirtschaftlichen Presse mit aller Deutlichkeit darauf aufmerksam gemacht worden ist. Musy sagte: «Ich glaube, daß wir besseren Zeiten entgegengehen. Besonders dann, wenn die Reparationsfrage gelöst werden kann — und wir haben das Recht, das zu hoffen — werden wir eine Entspannung haben, die eine Verbesserung des Geldmarktes bringt.» (2. April 1924 im Nationalrat, Protokoll S. 348/49.)

Als dann im Haag die Verhandlungen nicht mehr weitergehen wollten, reiste Morgan selber nach Paris, um aus größerer Nähe die Verhandlungen zu überwachen. Es handelte sich schließlich um die Milliarden, die er in Deutschland angelegt hatte und

die er nun so oder anders herausbringen mußte. Und wenn sich dies als unmöglich heraustellen sollte, so mußte man eben versuchen, sie den Neutralen und den Privatleuten unter den ehemals Kriegführenden anzuhängen.

Als nichts anderes übrig blieb, wurde die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich — in Basel — zu diesem Zwecke gegründet. Als Verwaltungsrat sah Morgan den Präsidenten des Generaldirektoriums der Schweizer Nationalbank A.-G., Professor G. Bachmann, vor, der auch plötzlich eine bisher noch nicht bemerkte Tatkraft und einen Eifer für die Gründung dieser Bank an den Tag legte, der bei der Vermeidung von Inflation und Deflation besser am Platze gewesen wäre. Bachmann war Handelslehrer gewesen und erhielt als Dozent für Handelsfächer an der Eidg. Technischen Hochschule den Professoren-Titel. Später schenkte ihm eine Schweizer Hochschule noch den Doktor-Titel. Im Jahr 1918 wurde der gewesene Handelsschullehrer Mitglied des Direktoriums der Nationalbank und später deren Präsident. In den Reparationsverhandlungen im Haag «kämpfte» — diesen Ausdruck brauchte Bachmann selbst — er für die Morganbank in Basel. — Im Grundgesetz, das, wie der Bundesrat selbst schreibt, «als innerstaatlicher schweizerischer Rechtsakt gedacht ist», wird die «Firma J. P. Morgan & Co., New York» ausdrücklich unter den Gründern genannt. So ist der Name Morgans durch die Bemühungen des Generaldirektors Bachmann von der Schweizer Nationalbank sogar in ein schweizerisches Gesetz hineingekommen!

In jenem Grundgesetz war aber auch der Schweizer Franken umschrieben als ein Franken nicht etwa von einer bestimmten Kaufkraft, sondern von einem bestimmten Goldgehalt. Das veranlaßte die Freiwirtschafter sofort zu bestimmten Schritten bei den verschiedenen Behörden, denn es sollte und mußte vermieden werden, daß Morgan mit Hilfe Bach-

manns die Schweiz auf die Goldwährung verpflichtete. — Wie notwendig das gewesen ist, zeigt das folgende Kapitel.

Wer sagt die Wahrheit über die B. I. Z., Motta oder Musy?

Bundesrat Musy hielt am 19. Februar 1932 im Großratssaal in Bern einen Vortrag über das Thema «Inflation und Deflation». Zu unserem Erstaunen finden wir darin den folgenden Satz:

> «Als Basel zum Sitz der Bank für internationalen Zahlungsausgleich erkoren ward, verlangte man von der Schweiz das feierliche Versprechen, daß sie der Goldwährung treu bleibe.»

Bundesrat Musy hat also damit zum Ausdruck gebracht, daß sich die Schweiz durch das Abkommen über die Bank für internationalen Zahlungsausgleich, das vom Nationalrat am 24. Februar und vom Ständerat am 25. Februar 1930 genehmigt worden ist, den Vertragsstaaten gegenüber auf Beibehaltung der Goldwährung verpflichtet. Dieser Sinn wird denn auch seiner Aeußerung beigelegt. Wir lesen hierüber in der «Schweizerischen Arbeitgeberzeitung» vom 27. Februar 1932:

> «Welchen Wert die internationalen Finanzkreise einer soliden, auf Golddeckung beruhenden Währung beimessen, geht u. a. aus der Feststellung Musys hervor, daß man der Schweiz das feierliche Versprechen abgenommen habe, der Goldwährung treu zu bleiben, bevor man Basel zum Sitz der Bank für internationalen Zahlungsausgleich bestimmt habe.»

Diese Stellungnahme Bundesrat Musys steht mit den Zusicherungen, welche Bundesrat Motta in seiner Eigenschaft als Vorsteher des Politischen Departements, das die Vorverhandlungen über das Abkommen führte, **in direktem und krassem Widerspruch.** Denn Bundesrat Motta hat der

Bundesversammlung vor der Abstimmung gegenteilige Zusicherungen abgegeben.

Im Ständerat war es Herr Ständerat Schneider, Baselland, der die Befürchtung ausdrückte, es könnte das Abkommen betreffend die B. I. Z. so ausgelegt werden, als werde die Schweiz an die Beibehaltung der Goldwährung gebunden und in der Handhabung ihrer Währungsgesetzgebung nicht mehr frei sein, und im Nationalrat machte wiederum der Baselbieter Vertreter, Herr Dr. Seiler, die gleichen Bedenken geltend. Beide verlangten mit Nachdruck, daß die Schweiz sich in der Gestaltung ihrer Währung freie Hand wahre. Hierauf erklärte Bundesrat Motta sowohl im Nationalrat als auch im Ständerat, daß durch das Abkommen die Selbständigkeit der Schweiz hinsichtlich der Währung nicht beeinträchtigt werde. Die Schweiz könne nach wie vor die Landeswährung nach ihrem Ermessen gestalten und könne also auch eine andere Währung als die Goldwährung einführen. Wir wissen auch, daß Bundesrat Motta der Frage, ob die Schweiz hinsichtlich der Währung frei sei, veranlaßt durch Herrn Ständerat Schneider, ganz besondere Bedeutung beilegte; daß in seinem Auftrag Professor Bachmann mit den Vertretern der B. I. Z. unterhandelte und sich von diesen die Zusicherung geben ließ, daß trotz des Abkommens die Schweiz hinsichtlich ihrer Währungsgesetzgebung der B. I. Z. gegenüber vollständig frei bleibe. Diese Feststellungen sind in einem Gutachten Bachmanns niedergelegt worden, auf das sich Bundesrat Motta berief, als er in den Räten durch seine Zusicherungen die erhobenen Bedenken zerstreute.

Und wie kommt nunmehr Bundesrat Musy dazu, vor aller Oeffentlichkeit zu behaupten, es sei der Schweiz das feierliche Versprechen auf Beibehaltung der Goldwährung abgenommen worden! Wer sagt die Wahrheit, Musy oder Motta? Die Oeffentlichkeit hat Anspruch darauf, daß diese Frage restlos abgeklärt wird. Wir wollen wissen, ob im Bundeshaus in

Bern die Interessen der schweizerischen Volkswirtschaft gewahrt, oder ob dort, wenn auch unbeabsichtigt, die Geschäfte der internationalen Finanzwelt betrieben werden, die, wie die «Schweizerische Arbeitgeberzeitung» richtig und ehrlich sagt, der Goldwährung große Bedeutung beimißt.

So stand zu lesen im «Landschäftler» vom 29. Februar 1932 — mit der Ueberschrift unseres Kapitels.

Aber Motta wie Musy schwiegen. So ist es wohl am Platz, hier die beiden Briefe von Generaldirektor Bachmann anzuführen, die vom «Landschäftler» angedeutet werden. Sie lauten:

I.

11. Februar 1930.

Herrn Bundesrat Motta,
Chef des Eidg. Politischen Departementes,
Bern.

Hochgeehrter Herr Bundesrat!

Als ich vergangenen Samstag den 8. Februar bei Ihnen in Bern vorsprechen wollte, um Ihnen auf die Anfrage des Herrn Ständerat Schneider in Ihrem Brief vom 5. Februar Bescheid zu geben, erfuhr ich von Ihrer Abwesenheit im Ausland. So möchte ich denn heute Ihnen schriftlich Antwort erteilen.

Die Befürchtungen des Herrn Ständerat Schneider erscheinen mir in beiden Punkten der Begründung zu entbehren.

Wenn im Grundgesetz der Internationalen Bank die Höhe des Bankkapitals in Schweizerfranken ausgedrückt und zur näheren Bestimmung die gesetzliche Relation des Schweizerfrankens zum Goldwert angeführt wird, so hat das zunächst die Bedeutung, daß damit zum Ausdruck gebracht werden will, welchem Gewichte an Feingold das Aktienkapital entspricht. Die Bestimmung will also eine Sicherheit für Gläubiger und Aktionäre der Bank zum Ausdruck bringen, daß das eingezahlte Aktienkapital in

seiner ursprünglichen Gestalt wie auch in seiner spätern Anlage einem bestimmten Goldgewicht entspricht. Daraus folgernd gewinnt die Mitteilung, die gelegentlich in der Presse zu lesen war, daß entsprechend dieser Grundlage für das Aktienkapital auch die übrigen Konten bei der Bank in Gold geführt werden, ihre besondere Rechtfertigung und Bedeutung. Gegenüber der Schweiz will nun diese Festsetzung bedeuten, daß sie die Bank an einer solchen Rechnungsführung und Bilanzierung nicht hindern werde. Das erscheint selbstverständlich, solange die Schweiz eine Frankenwährung hat, die auf der Goldbasis ruht. Aber darüber hinaus will diese Bestimmung besagen, daß die Schweiz, auch wenn sie einmal von der Frankenwährung oder von der Goldwährung abgehen sollte, die Internationale Bank nicht zum Uebergang in eine neue Landeswährung nötigen kann, sondern ihre Rechnungsführung und Bilanzierung weiter in der Frankenwährung auf Goldbasis gewähren lassen muß. Eine andere Frage ist es, ob die Schweizerische Nationalbank weiterhin eine allfällige Mitgliedschaft bei der Internationalen Bank aufrecht erhalten könnte, wenn die Schweiz die Goldwährung später einmal aufgeben sollte. Nach Art. 7, Ziff. 2 der Statuten der Internationalen Bank ist diese Frage zu verneinen.

Bei dieser Auslegung der Goldklausel im Eingang des Grundgesetzes darf freilich nicht übersehen werden, daß der Goldwährungscharakter der Schweiz für die Niederlassung der Bank in der Schweiz mitbestimmend gewesen ist und daß also, wenn die Schweiz keine Goldwährung praktiziert hätte, die Bank bei ihr nicht Domizil genommen hätte. Die Bank wollte ihre Rechnung in Goldwährung führen und deshalb ein Land wählen, das selbst Goldwährung besitzt.

Allein die Selbständigkeit der Schweiz wird durch diese Domizilierung der Bank auf ihrem Gebiete und durch den Hinweis, daß die Bank ein Aktienkapital in Schweizerfranken auf der Goldbasis be-

sitzt, nicht berührt. Wie mir über die Verhandlungen in Baden-Baden berichtet wird, ist dort erwogen worden, daß auch in Zukunft, wie im Jahre 1914, für die Schweiz sich die Notwendigkeit ergeben könnte, den Notenzwangskurs einzuführen und damit die Goldwährung praktisch aufzugeben. Bei dieser Situation wurde vom Organisationskomitee der Standpunkt eingenommen, daß die Internationale Bank gleichwohl auf der Goldwährung verbleibe, daß also, falls der Notenzwangskurs mit einem Verbot der Goldausfuhr und des Goldmünzenhandels mit Agio verbunden würde, die Bank von diesen Maßnahmen direkt nicht betroffen werden könnte. Wohl aber würde das Einspruchsrecht der Nationalbank nach Art. 20 der Statuten auch für diesen Fall bestehen bleiben und soweit die Nationalbank davon Gebrauch machen wird, kann eine Goldausfuhr, auch ein Goldmünzenhandel mit Agio nicht stattfinden. Ich habe selbst in Baden-Baden diese Fragen aufgeworfen und auf die in einem solchen Falle für die Schweiz sich ergebende Zwangslage hingewiesen; es wurde mir aber erwidert, daß Art. 20 der Statuten der Schweiz durch ihre Notenbank eine ausreichende Waffe in die Hand gebe gegen Maßnahmen der Internationalen Bank, die die schweizerische Valutapolitik durchkreuzen könnten.

Die vorausgegangenen Ueberlegungen führen also bei mir auch zu der Folgerung, daß, wenn die Schweiz die Goldwährung aufgeben sollte, dennoch die Bank ohne Zustimmung der Schweiz ihr Domizil nicht von Basel weg in ein anderes Land verlegen könnte.

Was sodann den zweiten Punkt im Schreiben des Herrn Ständerat Schneider anlangt, der die Interpretation des § 10 des Grundgesetzes betrifft, so ist hier folgendes zu bemerken. Diese Bestimmung ist deshalb getroffen, damit die Internationale Bank zu allen Zeiten gegenüber allen Vertragsländern ihre Funktionen frei erfüllen kann, soweit nicht auch in dieser Richtung das Einspruchsrecht der Notenbank nach Art. 20 der Statuten geltend gemacht wird.

Aber auch hier halte ich dafür, daß dieses Einspruchsrecht einen genügenden Schutz gibt gegen allfällige der schweizerischen Währung abträgliche Geschäfte der Internationalen Bank. Sollte das Einspruchsrecht der Nationalbank nicht respektiert werden, so hätte die Bank zu gewärtigen, daß auch die Schweiz das Verbot von § 10 des Grundgesetzes nicht respektiert. Es mag noch beigefügt werden, daß dieser § 10 des Grundgesetzes sich nur auf die Maßnahmen des Staates erstreckt und daß die Geltendmachung von Privatrechten, solange sie auf dem Zwangserstreckungswege erfolgt, davon nicht betroffen wird.

Genehmigen Sie, hochgeehrter Herr Bundesrat, den Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung.

sig.: G. Bachmann.

II.

14. Februar 1930.

Herrn Bundesrat Motta,
Chef des Eidg. Politischen Departementes,
Bern.

Hochgeachteter Herr Bundesrat,

Heute Nachmittag hatte ich Gelegenheit, in Basel mit den Herren Quesnay und Siepmann unter anderm die Fragen zu besprechen, welche Sie mir mit Ihrem Schreiben vom 5. Februar mit Beilage des Briefes des Herrn Ständerat Schneider vom 31. Januar gestellt haben.

Die drei Fragen [7]) haben die beiden Herren dahin beantwortet, daß die Schweiz hinsichtlich ihrer Wäh-

[7]) Es handelt sich um die Fragen:

1. Verpflichtet sich die Schweiz durch den Staatsvertrag den Signatarmächten und der Internationalen Zahlungsbank gegenüber für die Vertragsdauer auf die Goldwährung?

2. Begibt sie sich für diese Zeit ihrer Handlungsfreiheit auf dem Gebiete der Währungsgesetzgebung und der Handhabung ihrer Währung?

3. Oder kann sie trotz des Staatsvertrages durch Gesetzesänderung oder Notmaßnahme ihre Währung auf eine andere Grundlage stellen? F. Sch.

rungsgesetzgebung der Internationalen Bank gegenüber vollständig frei bleibt, daß hingegen für eine Mitgliedschaft der Nationalbank bei der Bank sich Schwierigkeiten ergeben könnten, wenn die Schweiz von der Goldwährung abginge, indem die Bank nur Zentralbanken, die eine Goldwährung praktizieren, als Aktionäre anerkennen will. Es wurde von den beiden Herren übereinstimmend erklärt, daß gerade aus dem Grunde, um der Bank für ihre Rechnungsführung und Bilanzierung eine bestimmte Goldwährung zu sichern, der Franken in der Relation zum Golde nach der einstigen lateinischen Münzunion als Basis gewählt wurde, und um andererseits der Schweiz die Freiheit zu lassen, ihre Landeswährung nach ihrem Ermessen gestalten zu können. Herr Quesnay machte darauf aufmerksam, daß in diesem Zusammenhang die Bezeichnung «Goldfranken» in den Statuten deshalb eine Bedeutung gewinnen könne, weil damit auf eine absolute Münzparität hingewiesen werden wolle, um die der wirkliche Franken oscilliere.

Und was die weitere Frage des Herrn Ständerat Schneider anlangt, so haben auch hier die beiden Herren der in meinem Briefe vom 11. Februar ausgedrückten Meinung beigepflichtet, daß ein Gold- oder Devisenausfuhrverbot der Schweiz die Internationale Bank nach § 10 des Grundgesetzes zwar nicht treffen könne, daß aber die Nationalbank auf Grund des Art. 20 der Statuten gegenüber einem solchen Export ein Einspruchsrecht besitze. Herr Quesnay ging in der Interpretation des Art. 20 der Statuten so weit, zu erklären, daß die Internationale Bank keinen Franken Schweizerwährung in irgendwelcher Form ohne die Zustimmung der Nationalbank erwerben könne, so daß es — theoretisch gesprochen — vom Willen der Nationalbank abhange, ob die Gehälter der Angestellten, die Zinsen für Lokalmiete, die Werklöhne von der Internationalen Bank in Schweizerfranken ausbezahlt werden.

Genehmigen Sie, hochgeachteter Herr Bundesrat, den Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung.

sig.: G. Bachmann.

Bei der Beantwortung dieser Fragen sagte Motta: «Si nous voulions un jour changer l'étalon or en un autre, nous serions maître de le faire. Nous le ferons pas, mais nous le pourrions.» (Amtliches stenographisches Bulletin 1930, S. 20.) Also: «Wollten wir eines Tages die Goldwährung mit einer anderen tauschen, so wären wir in der Lage, das zu tun. Wir werden es nicht tun, aber wir könnten es.»

Und am offiziellen Empfang in Basel erklärte Generaldirektor Bachmann den staunenden Herren, die wohl alle zum erstenmal das Wort «Freigeldleute» hörten:

«Ihr (der B. I. Z.) letztes Ziel ist, wie bei der Landesnotenbank, die Erhaltung der Währung der einzelnen Länder — und sicher nicht zum wenigsten der ihres Sitzlandes — auf der Goldparität. Dabei ist diese Mitsprache der schweizerischen Notenbank bei jeglichem Erwerb von Schweizerfranken durch die B. I. Z. zugegeben, gleichgültig, ob die Nationalbank an der B. I. Z. nur am Kapital oder weiterhin an der Verwaltung der Bank sich beteilige, gleichgültig auch, ob die B. I. Z. in der Schweiz oder anderswo niedergelassen sei. Und wie nach der Rechtslage trotz Sitz der B. I. Z. in Basel der Nationalbank jedwede Beteiligung an der B. I. Z. freigestellt ist, so bleibt auch anderseits die Schweiz unbekümmert um die Niederlassung der B. I. Z. in Basel, in der Gestaltung ihrer Währungsgesetzgebung vollständig unabhängig. Es ist noch Platz für die Verfassungsinitiative der Freigeldleute auf Einführung der Freigeldwährung trotz Ratifikation des Haager Abkommens durch die Schweiz.»

Morgan besiegt Kreuger.

Die United State Steel Corporation unter Morgans Führung stand in Gegensatz zu Kreuger, ihrem größten Konkurrenten. Das war schon vor acht Jahren. Seither bildete sich der Kreuger-Konzern immer weiter aus und trat Morgan vor allem auf einem Gebiete entgegen, auf dem er bisher Alleinherrscher gewesen war: auf dem Gebiete der Staatsanleihen, die den Großbanken das tägliche Brot liefern (während der Braten durch die Spekulation kommt). Kreugeranleihen haben Deutschland (einmal 500 Millionen), Frankreich, Rumänien, Ungarn, Jugoslavien, Griechenland, Polen usw. — insgesamt 14 Staaten mit einem Gesamtbetrag von Milliarden — erhalten. Er sprang vor allem den Oststaaten bei, wenn sie von der Hochfinanz zu arg ausgepreßt wurden, aber auch Deutschland, das ja nicht selten im gleichen Falle war.

Den ersten Streich gegen Kreuger führte Morgan mit der Gründung seiner Basler Bank (B. I. Z.). Die Young-Anleihe, die diese ausgab, fand seltsamerweise in Kreuger einen guten Abnehmer. Hoffte er auch, wie viele Schweizer, eine spätere Erholung dieses Galgenpapieres? Jedenfalls soll er da viel Geld eingebüßt haben. [8]) Im Haag setzte nun Morgan zweierlei durch: 1. die Zinsen der Reparationsanleihe müssen bezahlt sein, bevor die Kreugeranleihe durch Deutschland verzinst wird. 2. Deutschland darf nur durch und mit Frankreich über neue gemeinsame Kapitalbeschaffung verhandeln. Das bedeutete, da in Frankreich Morgan eine starke Stellung hat, daß Deutschland künftig nur noch mit — Morgan verhandeln darf.

Hinzu kam, daß in den Vereinigten Staaten 1929 die Krise gemacht wurde, an der wir heute noch leiden. Wenn keine Krise entstehen soll, so müssen Jahr um Jahr mehr Geldmittel in Verkehr ge-

---

[8]) Der Kursverlust für den Schweizer Anteil betrug zeitweise für die Schweizer Zeichner über 60 Mill. Franken.

geben werden. Sobald sie fehlen, setzt die Zirkulation aus, das heißt die Güter werden wohl noch hergestellt, aber sie finden den Weg zum Konsumenten nicht, weil diesen das Geld fehlt, um sie zu kaufen.

Der Vermehrung der Produktion müßte auch die Verstärkung des Austauschapparates Geld entsprechen! Leider war dem 1929 nicht so: es zeigte sich vielmehr eine Abnahme der vorhandenen Geldmenge um über 80 Millionen Dollar, bei einer starken Vermehrung der Produktion.

Hinzu kam noch der andauernde Krisengrund, daß das Geld nicht mehr hergegeben wird oder doch nicht mehr mit der gleichen Schnelligkeit, sobald die Zinserträge zurückgehen. Und das war seit 1926 der Fall. Damals war die Durchschnittsrendite der Aktien (nach Fisher) noch 5,2 Prozent: sie sank in der krisenlosen Zeit bis 1929 schließlich auf 2,8 Prozent! Die Krise wäre damit auch ohne Morgan und «the hidden hand» [9]) einmal gekommen, wie sie eben durch die Goldwährung zwangsläufig kommt. Wir stellten sie am 18. März 1929 für den Herbst des gleichen Jahres in Aussicht.

Diesmal kam sie also durch eine Geldverminderung. Seltsamerweise rührte diese ausschließlich von den Banken her, die unter Morgans Einfluß standen, während die Federal Reserve Banken ihre Geldausgabe in der gleichen Zeit erhöht hatten!

Und seltsam ist auch die Mitteilung von «Finanz und Wirtschaft», daß Morgan vor Ausbruch der Krise keine Aktien mehr in seinem Besitz hatte.

Kreuger aber hatte Aktien, und er hatte auch Schuldscheine der Staaten, die nun durch die Krise zahlungsunfähig wurden. Als bestes Papier lagen in seinen Tresors englische Staatspapiere, und sol-

[9]) **Als «hidden hand» bezeichnen die englischen Bankiers jenen kleinen Kreis um Morgan, der über die in den Verkehr zu gebende Goldmenge des Goldtrustes entscheidet.**

che hatte er auch hinterlegt, wo er Wertschriften deponieren mußte.

Und seltsamerweise wurde gerade England mit seinen Goldvorräten so in die Enge getrieben, daß es die Goldwährung aufzugeben gezwungen wurde. Und während sein Preisstand kaum stieg (im Kleinhandel überhaupt nicht), wurde der Preis des englischen Pfund, gegen alle Regel, lange Zeit von 25 bis auf 16 Franken gedrückt. Von wem? — Sicher nicht von den Engländern, sondern von den gleichen Mächten, die z. B. die Peseta so lange drückten (durch unausgesetzte Verkäufe und durch Miesmacherei), bis Spanien eine Goldanleihe von — Morgan annehmen wollte. (Die Revolution machte das Geschäft dann unnötig.) — Mit dem Sturz des Pfundkurses war Kreuger so gut wie erledigt.

Er machte noch eine Bitt- und Bußfahrt nach den Vereinigten Staaten. Lee Higgingson und Co., seine dortigen Vertreter, erklären, daß er nichts mit ihnen verhandelt hätte: seine Pilgerfahrt ging also zu den Geldgewaltigen der Vereinigten Staaten, zur «hidden hand». Er wollte zehn Millionen Dollar zur Abwicklung seiner dringendsten Verpflichtungen haben, man gewährte ihm sieben und als er in Paris angekommen war, traf ihn die Nachricht, daß ihm auch diese sieben nicht gegeben werden könnten . . .

Die «heimliche Hand» hatte ihren letzten und entscheidenden Griff nach seiner Gurgel getan: Kreuger war im Kampfe gegen Morgan, den Mann des Goldes, unterlegen.

Kreuger wurde zuletzt Tag und Nacht von Geheimagenten überwacht. Brown, der mit seiner Ueberwachung betraute Detektiv Morgans, näherte sich Kreuger in der Maske eines Vertreters der Außenhandelsabteilung der Sowjetregierung. Kreuger fuhr nach Paris, Brown fuhr auf demselben Dampfer und sorgte in Paris dafür, daß Kreuger keinen Schritt tun konnte, ohne daß Brown sofort benachrichtigt wurde. Kurz vor seinem Tode hatte

Kreuger eine Unterredung mit Brown als Beauftragten des Hauses Morgan und gab deutlich zu erkennen, daß er jeden Tag Kreuger als Schwindler und Betrüger entlarven könne. Kreuger versuchte, Brown zu bestechen und bot ihm 5 Millionen Kronen, aber Brown gab zynisch zur Antwort: Wollen Sie mir auch gefälschte Obligationen als Sicherheit geben? — Damit wußte Kreuger, daß er erledigt war.

Brown ist der Sohn eines englischen Militärattachees und einer ungarischen Gräfin. Er wohnte im Auftrage Morgans allen internationalen Konferenzen der letzten Jahre bei. —

Der Morganprozeß.

In der Februar-Nummer des «American Federationist», des Organs des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes veröffentlichte Sekretär J. P. Frey einen ausführlichen Artikel über die unumschränkte Herrschaft des Geldkapitals in den Vereinigten Staaten. Die Ausführungen von Frey fanden sofort große Beachtung. Sie brachten das ganze Geldkapital zur Verteidigung seines «guten Rufes» auf den Plan.

Frey hat jedoch seine Behauptungen vor einer Kommission des Senats bekräftigt, indem er ausdrücklich feststellte, daß einige große Banken in New York «buchstäblich die Wirtschaft beherrschen und die Politik gegenüber der Arbeiterschaft diktieren» — was hier vor acht Jahren schon geschrieben wurde. [10])

Die sogenannten «Morgan-Banken» haben auf Grund ihrer Schlüsselstellungen in sechs Banken in New York 208 Direktorenposten in 104 anderen Banken in ihren Händen, ferner 618 leitende Stellungen in 569 gemischten Gesellschaften, 178 solcher Stellen in 142 Versicherungsgesellschaften, 423 in 360 Großunternehmen der Industrie, 283 in 234 Transportunternehmen, und 315 in 266 öffentlichen Körper-

[10]) Die I. Auflage dieser Schrift erschien 1925.

schaften. 24 New Yorker Banken besetzen insgesamt 4090 Direktorenstellen in anderen Banken sowie Unternehmen der ganzen Wirtschaft. Auf Grund dieser Interessenvertretungen «beherrschen sie die ganze Wirtschaft des Landes».

Dieser Angriff bildete den Auftakt zu einem weiteren Vorgehen gegen Morgan. In monatelanger Arbeit trug Staatsanwalt Pecora ein umfassendes Material zusammen, durch das die Behauptungen von J. P. Frey in vollem Umfange bestätigt wurden.

Die Geheimbücher Morgans wurden beschlagnahmt und mehrere andere New Yorker Bankiers, unter ihnen die wegen Steuerhinterziehung bzw. Bücherfälschung angeklagten Mitchell und Harriman vernommen.

Pecora versprach, keine Rücksicht auf die Parteizugehörigkeit, soziale Stellung und das Vermögen der verwickelten Personen zu nehmen. Selbst der 66 Jahre alte J. P. Morgan mußte nun als Zeuge erscheinen.

Der Gang Morgans und seiner Partner nach Washington Ende Mai 1933 war eine Sensation ersten Ranges für das amerikanische Volk. Morgan verließ New York mit nur schlecht verhehlter Nervosität. 15 Geheimpolizisten prügelten sich mit den Photographen herum, die Morgan zu knipsen versuchten: Morgan liebt das Photographiertwerden nicht! Vor Beginn seiner Vernehmung nahm Morgan die Gelegenheit wahr, eine Erklärung über die volkswirtschaftliche Bedeutung der Privatbankiers[11]) abzugeben. Er sagte mit eindringlicher Stimme: «Ich unterstehe keinen Gesetzen, sondern einem ungeschriebenen Ehrenkodex. Mein Kredit ist mein wertvollster Besitz.»

Der die Vernehmung führende Anwalt versuchte, konkrete Feststellungen über die Geschäftspraxis

[11]) Auch der Präsident der Schweizerischen Nationalbank, Dr. A. Sarasin, Basel, ist ein Privatbankier.

zu erheben, er wurde aber belehrt, daß das Haus Morgan keine Buchrevisionen benötige, weil die Konten niemals fehlerhaft seien! Die Partner des Hauses haften in ihrer Gesamtheit für alle; über die täglichen Partnerkonferenzen werden keinerlei Aktennotizen geführt, es werden nur die Namen der Teilnehmer festgestellt.

Die Voruntersuchung hatte aufsehenerregende Enthüllungen gebracht. Trotz des Einspruchs von Morgans Anwalt hat das Finanzkomitee des Senats Listen von etwa 60 führenden Bankdirektoren veröffentlicht, die in den letzten Jahren von dem Bankhaus Morgan «Darlehen» erhalten haben, ohne daß von einer Rückzahlung oder Verzinsung die Rede war. Es befinden sich darunter: Norman Davis, der Delegierte Amerikas auf der Genfer Abrüstungskonferenz, Exvizepräsident Dawes, Charles E. Mitchell, der ehemalige Vorsitzende der National City Bank (Mitchell allein soll 6 Mill. Dollar erhalten haben!), Richard Whitney, der Präsident der New York Exchange, Mortimer Buckner, der Präsident des New York Clearinghouse, und Myron Taylor von der U. S. Steel Corporation.

Einer weiteren Zahl von führenden Amerikanern wurden Aktien zu tieferen als den Börsenkursen vermittelt, zu 20 statt zu 35 Dollar. Auf dieser Liste stehen unter anderen die Namen folgender bekannter Persönlichkeiten: Schatzamtssekretär Woodin, Mac Adoo, Owen Young, der Flieger Oberst Lindbergh[12]), Thomas W. Lamont, R. B. Mellon, der Bruder des früheren Schatzamtssekretärs und heutigen Gesandten der Vereinigten Staaten in England, R. Askob, Direktor der General Motors Gesellschaft und seiner Zeit Vorsitzender des demokratischen Nationalausschusses, der Roosevelt als Präsidentschaftskandidaten aufstellte, ferner die bei-

[12]) Lindberghs Schwiegervater ist Gesandter der Vereinigten Staaten in Mexiko, wo Morgan ausgedehnte Interessen zu wahren hat!

den Söhne John Pierpont Morgans, Junius und Henry Morgan.

Aus Zeugenaussagen, die vor dem Untersuchungsausschuß abgegeben wurden, ging hervor, daß auch der verstorbene Präsident Coolidge nach seinem Weggang aus dem Weißen Hause zu den bevorzugten Kunden Morgans gehörte, die Aktien zu ermäßigten Preisen kaufen konnten.

Die Tatsache, daß sich auch der derzeitige Finanzminister Woodin auf der Liste befindet, scheint in der politischen Welt des Landes einen Sturm des Unwillens heraufzubeschwören. Senator Borah äußerte: Das amerikanische Volk ist meines Erachtens berechtigt, zu erwarten, daß der Finanzminister über jeden Verdacht erhaben ist.

Im weiteren Verlauf der Vernehmung Morgans vor dem mit der Bankuntersuchung betrauten Senatsausschuß gab Morgan zu, daß er seit 1930 keine Einkommensteuer gezahlt habe. An einer einzigen Finanztransaktion habe er einen Verlust in Höhe von 21 Millionen Dollar erlitten. Ferner seien große Beträge, die er ausgeliehen habe, seit langem überfällig; sie seien nicht zurückgezahlt worden oder müßten zum mindesten als nicht genügend gesichert betrachtet werden. — Armer Morgan! —

Der «Angriff», das Organ des nationalsozialistischen Ministers Dr. Goebbels in Berlin schreibt, daß auch in Bezug auf Deutschland aufsehenerregende Enthüllungen zu erwarten seien. Es könnten hier vielleicht jene Verhandlungen aufgedeckt werden, die zwischen dem oben genannten Dawes und Dr. Schacht 1924 geführt wurden und zu jenem 800 Millionen-Anleihen an Deutschland führten, mit dem dieses Land seine währungspolitische Selbstbestimmung an Morgan verlor. Oder denkt der «Angriff» an jenen Bericht über das Zustandekommen von Auslandsanleihen in den Vereinigten Staaten, den wir in Nr. 14 der «Freiwirtschaftlichen Zeitung» (Bern) veröffentlichten? Da wurde aufgezeigt, wie die Amerikaner während der Prosperität Mög-

lichkeiten der Kapitalanlage im Ausland suchten, nur damit sie die Ersparnisse der amerikanischen Bürger nicht alle in den Vereinigten Staaten ausleihen mußten — denn das hätte verheerend auf den Zinsertrag gewirkt. Auch der Zinsfuß ist vom Verhältnis zwischen Nachfrage und Angebot abhängig und allzuviel Ersparnisse drücken den Zins, wenn man sie alle im Inland anlegen muß! So ließ man sich's etwas kosten, Auslandsanlagen zu finden oder zu schaffen.

Vielleicht erinnert sich der «Angriff» auch an jenen Plan von Dr. Schacht, den man in Nr. 13 der «Freiwirtschaftlichen Zeitung» (Bern) nachlesen kann, wonach Dr. Schacht eine riesige Auslandsanleihe auflegen sollte, bei der Morgan seine billigst erworbenen deutschen Obligationen mit 75% ihres Nennwertes an Zahlungsstatt geben wollte. Der Gewinn für Morgan wurde auf rund eine Milliarde Mark berechnet. Trotzdem dieser Plan (natürlich ohne seine morganatischen Hintergründe) schon in der «Neuen Zürcher Zeitung» veröffentlicht worden war, ist es nach der Veröffentlichung in der «F. Z.» ganz still geworden. Der betreffende Artikel der «F. Z.» liegt auch bei den Akten des Morgan-Prozesses und dürfte die vom «Angriff» erwähnten Ergebnisse in Bezug auf Deutschland vielleicht wesentlich ergänzen und das Auffinden von neuem Material über die Beziehungen Morgans zu Europa erleichtern helfen . . .

Sehr wichtig und lieb wäre es uns Schweizern, wenn auch der Kampf um die B. I. Z. von Staatsanwalt Pecora beleuchtet würde.

Schaden durch die Goldwährung.

Wir haben oft Ursache, über die Leistungen des schweizerischen Staates unzufrieden zu sein. Denken wir nur an die Seetransportunion, an die Affären Gaß, Sidler, an die Verluste am eidg. Versicherungsfonds, an die Prozesse um die eidg. Alkohol-

verwaltung, an die Tatsache der Verschleppung jenes Schutzgesetzes für die Deutschversicherten von 1915—1919, während die Nationalbankdividende damals sofort erhöht wurde, nachdem in der «Neuen Zürcher Zeitung» Beschwerde darüber geführt worden war, daß sich die Nationalbankaktien zu wenig hoch verzinsen. Denken wir an die Verluste am Silberschatz der Schweiz im Betrag von 120—150 Millionen Franken, denken wir auch daran, daß Ratsmitglieder der Bundesbehörde die Verwaltungsräte großer Aktiengesellschaften sind und sich in den eidg. Räten für Schutzzollgesetze zum Schutze ihrer Produkte einsetzen, an die unterbliebenen Enthüllungen im Guinandprozeß usw. Aber das alles sind Kleinigkeiten gegenüber dem, was uns die Goldwährung jährlich für Schaden zufügt.

Sie schafft durch die mit ihr zwangsläufig verbundenen Schwankungen des Preisstandes die Unsicherheit, die der Tod aller Unternehmungslust ist.

Sie stört damit fortgesetzt die Arbeit und verhindert damit den allgemeinen. Wohlstand. Längst wäre es möglich gewesen, mit unsern durch die Technik ins Riesenhafte gesteigerten Produktivkräften Wohlstand für Jedermann zu schaffen, wenn nicht die Schwankungen des Preisstandes immer wieder den ruhigen Gang der Geschäfte gestört hätten.

Sie wird damit Ursache und Rückhalt des Zinses, der uns Schweizern die Hälfte des Arbeitseinkommens wegnimmt. (Jährlich 3000 Millionen Franken.) Hier ist die Ursache der allgemeinen Gedrücktheit, aber auch der aufdringlichen Empfehlung der Goldwährung durch die «Finanzmänner» zu suchen!

Im Gefolge des Zinses finden wir auch immer die Arbeitslosigkeit und das Bauernsterben in den Bergtälern und auf dem flachen Lande.

Die Goldwährung macht das Geldwesen heute

unübersichtlich und unklar. Man mag herumfragen wo man will: in den Fragen der Geldverwaltung herrscht überall eine Art von geheimnisvollem Respekt. Man fühlt, daß da eine geheime Macht am Werke ist, aber man wagt es nicht, sich mit ihr zu befassen. Man fürchtet, besonders in den Kreisen des Mittelstandes, für den geschäftlichen Kredit.

Die Goldwährung kann nur gestürzt werden durch eine zum Aeußersten entschlossene Gruppe. Die Mammonarchen fühlen, daß hier «die gefährlichste aller Revolutionen» (Ausdruck eines amerikanischen Millionärs für die Festwährungsbewegung!) im Anzug ist.

In seinem Buche: «Die Umkehr der Wissenschaft und ein Grundriß wissenschaftlicher Reformation» ruft der Nobelpreisträger Professor Dr. Frederic Soddy, der sich schon früher entschieden gegen die Goldwährung ausgesprochen hat und sie als einen «Fastnachtscherz» bezeichnete, den Demokratien folgendes in Erinnerung:

«In ihrem Kampfe mit der Autokratie hat die Demokratie es übersehen, daß von allen Vorrechten der Regierung das wichtigste, wenn nicht überhaupt das allein wesentliche, in der Verwaltung des Geldmonopols zu suchen ist. Die Ursache, warum die Demokratie in ihrem Bestreben nach einer gesellschaftlichen Ordnung so völlig versagte, ist hier zu suchen.»

«Die Demokratie hat den modernen Finanzmännern Vollmachten gegeben, wie sie noch niemals einem absoluten Herrscher zustanden. Ohne Rücksicht auf Völker, Könige und Minister hat die Oberherrschaft über den Geldumlauf einigen Wenigen absolute Macht über die Industrie und damit über Tod und Leben des Volkes ausgehändigt. Die Industrievölker sind so schwer verschuldet, daß die Industrie wie das Geschäft eines Bankrotteurs von den Gläubigern verwaltet wird. Shylok hat uns alle in

seinen Krallen, den Wissenschaftler, den Schwarzrock, den Erfinder, den Handwerker, den Bauern; alle, alle werden unter die Kontrolle einer zentralisierten Finanzherrschaft gebracht.» —

Das ist klar, deutlich und richtig.

Und die Forderung? —

Sie lautet: Feste Währung.

Die feste Währung.

Das Allein-Vernünftige ist, das Geld in solcher Menge in den Verkehr zu geben, daß seine Kaufkraft immer gleich hoch ist, anders gesagt, daß der Preisstand (Index) auf gleicher Höhe bleibt. Daß das möglich ist, bezweifelt kein Vernünftiger. So schrieb z. B. schon 1915 der Direktor der Spar- und Leihkasse Bern, Herr Ott, damals Subdirektor der Schweizerischen Nationalbank und dann Direktor der Leu A.-G. in Zürich, daß man «durch den Rückzug der Noten eine Verknappung der Geldmittel herbeiführe, die die Kauflust vermindere, die Nachfrage nach Waren herabsetze und somit deren Preis ungünstig beeinflusse.» [13]) Und Bundesrat Dr. A. Meyer, damals noch Chefredaktor der «Neuen Zürcher Zeitung» und Finanzexperte des Bundes in den Konferenzen von Brüssel und Paris, schrieb in seinem Blatte: «Es bezweifelt doch heute niemand die Möglichkeit, durch Vermehrung oder Verminderung der Geldmittel die Warenpreise zu erhöhen oder zu drücken». [14]) Endlich erklärte Dubois, der Präsident des Verwaltungsrates des Schweizerischen Bankvereins in Basel und Vertreter der Schweiz auf der Konferenz in Genua (er hat auch den Deutschen einen Vorschlag zur Stabilisierung ihrer Währung eingereicht) in der eidgen. Währungskommission: «Das Mittel, den Preisrückgang aufzuhalten, wäre, genug Noten auszugeben.» [15])

---

[13]) Ott, Krieg und Geld, Bern 1916, S. 4.

[14]) «Neue Zürcher Zeitung», 26. Juli 1921.

[15]) Fritz Schwarz: «Wie steht es um den Schweizerfranken», Bern 1924, S. 30. (Protokoll der Eidg. Währungskommission.)

Während also Meyer die allgemeine Möglichkeit der Bestimmung des Preisstandes durch die Geldausgabe zugibt, zeigen Ott und Dubois, wie man im einzelnen Fall zu verfahren hätte.

Die feste Währung ist national durchführbar! Das ist selbstverständlich, da niemand anders als wir selbst die Höhe unseres Geldumlaufs und damit die Kaufkraft des Geldes bestimmt. Nur den Wechselkurs können wir dann nicht auch gleichzeitig festhalten, so lange die Kaufkraft der ausländischen Gelder schwankt.

Da muß man denn immer wieder die erstaunte Frage hören: Ja, warum wollen wir das Geld nicht in einem Maße in Verkehr bringen lassen, daß seine Kaufkraft jahraus jahrein die gleiche bleibt?!

Warum wollen unsere Geldgewaltigen die feste Währung nicht, da sie doch sicher möglich ist?! Aus verschiedenen Gründen! Erstens beseitigt die feste Währung alle Schwankungen der Kaufkraft des Geldes — also gerade das, wovon die Spekulanten leben! Zweitens wollen die Geldleute die feste Währung der Kaufkraft des Geldes nicht, weil damit die Arbeitslosigkeit und somit auch der Druck auf den Lohn und auf die Preise aufhören würden.

Auf Grund jahrelanger Forschungen kam Prof. I. Fisher (Yale-Universität) zum Schluß, daß 94,1% aller Arbeitslosigkeit von 1903 bis 1924 von den Schwankungen der Kaufkraft des Goldes herrühre und daß mit der Einführung der festen Währung durch eine vernünftig regulierte Notenausgabe «wir die Frage der Arbeitslosigkeit zum größten Teil lösen würden».

Nach Fisher rühren auch 90% aller Absatzschwierigkeiten und Stockungen von den Kaufkraftschwankungen her. Könnte man diese beseitigen, so hätten wir sofort anstatt der heutigen Arbeitslosigkeit volle Beschäftigung aller Arbeitswilligen, und so auch bessern Absatz, damit aber auch größere Ersparnisse und dadurch wieder-

um einen allgemeinen Druck auf den Zinsfuß. Jedes Sinken des Zinsfußes um 1% bedeutet aber einen Einnahmenausfall allein der Schweizer Kapitalbesitzer von 600 Millionen Franken jährlich, wenn die Gesamtausgaben für den Zins in der Schweiz mit 3000 Millionen im Jahr nicht zu hoch eingeschätzt sind. Fünf Prozent machen 3000 Millionen, also ein Sinken des Zinses um 1% den fünften Teil dieser Summe aus!

Diesen «Schaden» müßte aber der Zinslipicker tragen! Und daher wehrt sich dieser mit dem Mute von 5 × 600 Millionen Franken im Jahr gegen diese feste Währung! (Wenn jemand fragt, warum man denn 1921 und 1931 nichts von der Besserstellung gemerkt hätte, als der Zinsfuß zurückging, so darf man nicht vergessen, daß vorgängig diesem Sinken des Zinsfußes ein Sinken aller Preise kam. Und deshalb war der Zinsfuß von 4 oder 3% im Verhältnis zu den gesunkenen Preisen damals sogar höher als vorher ein Zinsfuß von 5 und 6%. Nur bei einem festen Preisstand nützt den Arbeitenden ein Sinken des Zinses!) Weil also die feste Währung der einzig erfolgreiche Angriff auf den Zins ist, wird sie von Zinsgenießern abgelehnt und bekämpft.

Drittens wollen die Gold- und Silbergrubenbesitzer die feste Währung nicht, weil sie heute diese Metalle mit großem Gewinn an die Staaten mit Metallgeld absetzen können. So verteilten die südafrikanischen Gruppen 1922 erst 20% Dividende und dann noch 80% Nachschußdividende — im ganzen also 100 Prozent. Wenn man hört, daß auch in der Schweiz «Millionen und Millionen» in Goldminenaktien angelegt sind — das sagte in öffentlicher Versammlung der damalige Kantonalbankdirektor Walder in Schaffhausen — so begreift man, warum sich auch in der Schweiz so viele Leute für die Goldwährung einsetzen, trotzdem wir dieses Metall aus dem Ausland beziehen und mit unsern Arbeitserzeugnissen bezahlen müssen.

Die Hauptsache aber ist und bleibt, daß die feste Kaufkraft des Geldes die Schaukelpolitik der heutigen Goldwährung unmöglich macht, damit die Spekulationsgewinne beseitigt und den Zinsfuß senkt. Diese feste Währung würde die Grundlage für eine krisenfreie, gesunde Volkswirtschaft, ohne Ausbeutung durch Spekulation und Zins, ohne Absatzstokkung und Arbeitslosigkeit werden.

Macht sich ein Land von den goldliefernden Herren unabhängig, indem es sich bei der Ausgabe seines Geldes nicht auf die Menge Gold oder Silber stützt, die ihm von Morgan & Co. gnädigst zur Verfügung gestellt wird, so kann Morgan hier nichts mehr ausrichten. Jedes Volk kann seine eigene Währung haben — wenn es aufgeklärt und entschlossen ist, sich gegen seine Goldlieferanten aufzulehnen. Der Kampf gegen die Goldwährung ist der Freiheitskampf des 20. Jahrhunderts. Jedes Land wird ihn einmal führen. Welches wird das erste am Ziel sein?

Hilf, lieber Leser, daß es die Schweiz wird! Unterstütze die Freiwirtschaftsbewegung durch Deine Mitarbeit!

Dann wird der Sieg bald unser sein!

Melden Sie sich beim
Schweizer Freiwirtschaftsbund, Geschäftsstelle Bern.

Das Internationale Sekretariat der Freiwirtschaftsbewegung in Bern — diese Anschrift genügt — gibt gerne Auskunft über ähnliche Vereinigungen in anderen Ländern.

Das freiwirtschaftliche Manifest

LIESTAL, Sonntag den 13. November 1932.

1. Jeder Bürger hat die sittliche Pflicht, eine Wirtschaftsordnung zu erstreben und verwirklichen zu helfen, die dem arbeitenden Volke den vollen Ertrag seiner Arbeit zukommen läßt, die Sicherheit des wirtschaftlichen Daseins gewährleistet und jedem arbeitenden Menschen die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit und die individuelle Gestaltung seines Lebens ermöglicht.

2. Die Grundlage der staatlichen und wirtschaftlichen Ordnung bildet die Freiheit der Persönlichkeit.

Staat und Wirtschaft sind um des Menschen willen da. Sie beide sind Hilfsmittel mit dem Zwecke, die Entfaltung der im Menschen liegenden Kräfte und den kulturellen Aufstieg des Einzelnen und des ganzen Volkes zu ermöglichen.

Jede Beschränkung der Freiheit durch Staat und Wirtschaft muß auf dem freien Willen der Bürger beruhen.

3. Das Vaterland, als Inbegriff von Land und Volk, ist die Heimat jedes Bürgers.

Der Staat, als politisch-rechtliche Organisationsform, ist nicht Selbstzweck, sondern hat die Aufgabe, die rechtliche und wirtschaftliche Lebensgrundlage seiner Bürger zu sichern.

4. Klassenkampf, Spaltung des Volkes in Stände, die sich bekämpfen, gewaltsame Eingriffe des Staates in die Wirtschaft und Staatsverschuldung infolge wirtschaftlicher Maßnahmen sind Folgen einer verfehlten Wirtschaftsordnung.

5. Die Unsicherheit des wirtschaftlichen Daseins, der Klassenkampf und die Not der Wirtschaftskrise beruhen immer auf allgemeinen Preisschwankungen und auf der durch diese Preisschwankungen bewirkten Veränderung der Vermögens- und Einkommensverhältnisse.

Jede allgemeine Preissteigerung ist zugleich eine Entwertung des Geldes, also auch eine Entwertung jedes Vermögens und jedes festen Einkommens.

Jede allgemeine Preissenkung ist zugleich eine Aufwertung des Geldes, also auch eine Aufwertung der Schulden und eine Verminderung des Einkommens aus der Arbeit und dem Warenumsatz.

Jede allgemeine Preisschwankung verfälscht den bisherigen Inhalt aller Zahlungsverträge und schädigt zwangsläufig den einen oder andern Teil der Volksgenossen.

Eine Volkswirtschaft, die solche Schwankungen zuläßt und mit sich bringt, ist unsittlich und untergräbt fortwährend die Gemeinschaft des ganzen Volkes.

6. Jede allgemeine Preisschwankung ist zugleich eine Veränderung der Kaufkraft des Geldes.

Die Grundlage einer sittlichen und gerechten Wirtschaftsordnung ist ein Tauschmittel, dessen Kaufkraft unter allen Umständen gleichbleibt.

Der Staat ist verpflichtet, dem arbeitenden Volke eine Währung zur Verfügung zu stellen, deren Kaufkraft keinerlei Schwankungen erleidet.

7. Die Verkettung der Währung mit dem Golde führt zu Schwankungen der Kaufkraft, liefert das Tauschmittel der Willkür der nationalen und internationalen Spekulation aus und hat über alle Völker unsägliches Elend gebracht.

Die Goldwährung hat in einer nach sittlichen Grundsätzen geordneten Volkswirtschaft keinen Platz. Sie muß unverzüglich abgeschafft werden.

8. Die Gestaltung der Währung ist eine Angelegenheit des eigenen Staates.

Jeder Staat hat die Möglichkeit, durch eine fortwährend nach dem Durchschnittspreis der Waren geleitete Währung seine Wirtschaft in Ordnung zu bringen und sowohl jede Krise als auch jede fieberhafte Steigerung der Wirtschaft unmöglich zu machen.

9. Der Staat ist verpflichtet, dem arbeitenden Volke ein Tauschmittel zur Verfügung zu halten, das der Wirtschaft seiner Natur nach nicht willkürlich entzogen werden kann.

Der auf allen Waren lastende Zwang des Angebotes ist daher auch auf das Geld zu übertragen.

10. Die fortwährende Anpassung des mit dem Umlaufszwang versehenen Geldes an die Bedürfnisse der Wirtschaft schützt das arbeitende Volk für alle Zeiten vor der Wirtschaftskrise und vor der Zerrüttung seines Vermögens.

Wir verlangen, daß der Staat unserem Volke ein solches Tauschmittel unverzüglich zur Verfügung stelle.

11. Grund und Boden des Vaterlandes darf nicht Gegenstand der Spekulation sein.

Durch ein Bundesgesetz ist dem Staate, dem Kanton und der Gemeinde ein Vorkaufsrecht am Grund und Boden einzuräumen und jede Bodenspekulation unmöglich zu machen.

Jede Enteignung von Grund und Boden gegen den Willen des Eigentümers ist unstatthaft. Vorbehalten bleiben die besonderen Voraussetzungen des Bundesgesetzes über die Enteignung.

12. Die sittliche Wirtschaftsordnung erteilt der menschlichen Arbeit die höchste Wertung.

Der Staat hat die Pflicht, die Arbeit gegen jeden Mißbrauch durch Einzelne zu schützen.

Schutz der Arbeit, Schaffung einer stabilen Währung und Erlaß eines Bodenrechts, das den Eigentümer vor Verschuldung, den Mieter und Pächter vor Ausbeutung schützt: das sind die einzigen Maß-

nahmen, die der Staat für die Volkswirtschaft zu treffen hat.

13. Eine internationale Gemeinschaft der Völker und Nationen ist erst dann möglich, wenn jeder Staat auf seinem Gebiete die Ordnung des Rechtes und der Wirtschaft erlangt hat.

Ordnung in Wirtschaft und Recht vermag allein den Frieden zwischen den Völkern zu sichern.

Wir verlangen, daß unser Staat ohne Rücksicht auf andere Staaten die Ordnung von Wirtschaft und Recht schaffe und auf dem Wege, den wir aufgezeigt haben, jede Erschütterung der schweizerischen Wirtschaft unmöglich mache.

14. Wir verwerfen jede Zwangswirtschaft und jede Auslieferung der Wirtschaft an den Staat.

Wir verwerfen jede Diktatur und jede Gemeinschaft, die nicht auf der Freiheit der Menschen und Bürger beruht.

Wir verwerfen jede Entfremdung des Menschen von seinem Vaterland und von seinen Volksgenossen.

Es lebe die Gemeinschaft der freien Menschen in einer gerechten Wirtschaftsordnung!

Es lebe die Gemeinschaft der Völker auf Grund einer gerechten Wirtschaftsordnung!

Es lebe das Vaterland! Es lebe die freie Schweiz als Erbe der Väter, als Heimat unseres Volkes und als Glied einer kommenden Völkergemeinschaft!
